

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Versandgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staniugh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreigeschossige Peitzelle oder deren Raum 30 Ab.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag pünktlich! Die Zahlung fällt Euch dann leichter!

Die Belastung der Arbeiterschaft durch Gewerkschafts- und Parteibeiträge.

Unter dieser Überschrift veröffentlichten nationalliberale Blätter sowie die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und selbstverständlich auch konervative, antisemitische und sonstige „gutgesinnte“ Organe folgenden Abschnitt aus der zum Herbst erscheinenden neuen Bearbeitung des Politischen Handbuchs der nationalliberalen Partei:

„Wenn die Arbeiterschaft, insbesondere die der sozialdemokratischen Partei anhängende, in Deutschland unter einer Steuerlast zu leußen hat, die unter Umständen bis zu einer vollständigen Abschöpfung der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Lohnsteigerungen geht, so ist es diejenige durch die politische Partei und durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Das Eintrittsgeld für die Gewerkschaften schwankt zwischen 50 & und M. 2, die Wochebeiträge schwanken zwischen 20 und 140 &, auf den Durchschnitt berechnet betragen sie 44 &, ein Beitrag, der sich in Zukunft eher noch erhöhen als vermindern dürfte. Dazu kommen Lohnzuschläge, Gau- oder Bezirksschläge, Kreissteuern, Delegiertensteuern, Kartellsteuern, Beiträge für das Arbeiterssekretariat und dergleichen mehr. Die gesamten Abgaben der Gewerkschaftsmitglieder an ihren Verband unter gleichzeitiger Verlückichtigung des Aufwandes für geistige Verantwortungen sind von einer Seite auf M. 2 die Woche berechnet worden, was sicher nicht zu hoch ist. Nehmen wir aber, daß die wöchentlichen Abgaben mit Einsicht von Vergütungen nur M. 52 betragen, so wäre dies schon immer die Jahresabgabe von M. 52 und bedeutet also, wenn man das Durchschnittseinkommen des Arbeiters auf M. 1000 ansetzt, eine direkte Einkommensteuer von 5,2 &. Ein Sah, den die Staatssteuereinkommen in Preußen bekanntlich selbst bei Millionensteuern überhaupt nicht kennt, da sie 4 & überhaupt nicht übersteigt und vor allem die gesamten Einkommen bis M. 900, das ist das überwiegende Gros der Arbeiterschaft, vollkommen steuerfrei bleiben.“

Zu diesen Gewerkschaftsabgaben, denen man trotz ihrer enormen Höhe eine Art Berechtigung nicht abnehmen kann, da sie ja wenigstens im Prinzip, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen sollen, treten aber dann noch vor allem hinzu die Auforderungen, welche die sozialdemokratische Partei als politische Organisation an den sozialen Arbeitshaushalt stellt. Hier ist die direkte Steuer in der Regel auf 25 & den Monat, also jährlich M. 3, bemessen. Indessen ist das nicht die Hauptlast. Denn die „freiwilligen Sammlungen“, die allenenthalben in Fabriken, Werkstätten und bei allen Gelegenheiten ins Werk gebracht werden, dürften im Jahre schon allein mindestens das Fünftausend der direkten Parteisteuer erreichen. Dazu kommen eine große Anzahl von indirekten Steuern infolge eines Prinzips, die Vergütungen der politischen Verbände mitzumachen, die Gönnafe und Parteidividenden usw. vorzunehmen, so daß es sicher gerechnet ist, wenn man die Abgaben insgesamt auf monatlich M. 1,50, jährlich also M. 18 bemüht, so daß sich unter Berechnung der Gemeinkosten eine Jahresabgabe von M. 70 ergibt. Das macht eine Kostensteuerung der Arbeiterschaft von 7,0 &, eine Summung, die alles das bei weitem übersteigt, was Staat und Gesellschaft selbst von ihren reichsten Bürgern und von den höchsten Einkommen verlangt.“

Wir fragen: welchem Zweck dient diese rechtmäßige Leistung? Offenbar nur dem, der in bürgerlichen Kreisen, sowie schon in hohem Maße vorhandenen Geschäftigkeit gegen die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften neue Nahrung zu geben und durch die Verbreitung, die ihr die kleine bürgerliche Presse gibt, auch auf die Massen der indifferenteren Arbeiter im Sinne der Feinde der Sozialdemokratie und der gewerkschaftlichen Organisation einzuwirken. Es soll glauben gemacht werden, daß die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen die ihr angehörige Arbeiterschaft mit Steuern überbürdet, daß das, was diese Arbeiterschaft den Organisationen an Beiträgen leistet, eine

Last darstellt, unter der sie „zu leußen hat“ und daß sie besser wäre, diese Last nicht zu tragen. An Versuchen, diese Vorstellung zu erwecken und zu nähren, haben die Gegner es ja niemals fehlen lassen. So lange die gewerkschaftliche und die sozialdemokratische Parteiorganisation existiert, ist sie von Seiten „wohlwollender Berater der Arbeiter“ unzählige Male mit der Behauptung angegriffen worden, daß sie durch Beitragslasten die Arbeiterschaft schädige, daß sie den Arbeitern Ersparnisse entziehe, auf die Weise ihre Lage „verschlechtere“, statt sie zu verbessern. Und in den Regel wurde diese absurde Behauptung früher noch verschärft durch die Lüge, daß die Führer und Agitatoren der Partei und Gewerkschaftsorganisation sich „von den Grossen der Arbeitern nähren“. Mit dieser Lüge wagt man sich nicht mehr so recht heraus, seitdem es antisozialdemokratische gewerkschaftliche und politische Arbeiterorganisationen gibt, von denen sich die herrschenden Klassen und die bürgerlichen Parteien eine „erfolgreiche Belästigung der Sozialdemokratie versprechen“ und die deshalb ihre Protestation genehmen. Organisationen, die auch ihre bezahlten Leiter und Agitatoren haben und die auch nicht ohne Belastung ihrer Mitglieder existieren und ihren Zwecken dienen können. Speulative Rücksichten auf diese Organisationen haben es mit sich gebracht, daß die elende Geschwad von der „Bergung der Arbeiterschaft“ durch die Führer und Agitatoren der Gewerkschaften so ziemlich verflucht ist. Denn die antisozialdemokratischen Organisationen würden ja von dieser Lüge mit betroffen werden.

Das nationalliberale Handbuch nimmt wohl, sehr unehrenlich, einen Ausweg. Es richtet seine rechnerischen Darlegungen nur auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei. Die anderen Parteien und Gewerkschaften zieht es gar nicht in Betracht. Seine Berechnung im einzelnen wie im ganzen auf ihre Nichtigkeit nach zu prüfen, erscheint uns überflüssig. Es genügt uns in erster Linie darauf zu verweisen zu können, daß alle die Beiträge für die in dem nationalliberalen Elaborat erwähnten Zwecke auch von den Mitgliedern der antisozialdemokratischen Gewerkschaften geleistet werden müssen. Die gegnerische Presse hätte es sehr leicht, sich darüber zu informieren. Man braucht nur den soeben erschienenen achtundzwanzigsten Jahrgang des amtlichen Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, 1907, nachzuschlagen. Da finden sich unter „XIX. Organisation der Arbeitgeber, Privatangestellten und Arbeiter“ einige Nachweise. Auch bei den christlichen Gewerkschaften schwankt das Eintrittsgeld bis zu M. 2 hin auf. Es sind ihrer 28. Davon erhebt eine M. 2, vier erheben M. 1, zwölf 50 &, eine 40 &, drei 20 &, drei 20 & Aufnahmegebühr, während diese für die übrigen dies nicht angegeben ist. Die Höhe des Beitrages geht (je nach der Verdiensthöhe als Staffelbeiträge erhoben), bis zu M. 20 pro Jahr (bei den Bauhandwerkern und -hülfarbeitern), bei drei anderen bis zu M. 31. Auf den Durchschnitt berechnet sind die regelmäßigen Beiträge der christlichen Gewerkschaften kaum geringer als die der freien Gewerkschaften. Neben sonstigen Beiträgen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften weist die Statistik nichts aus; es ist ja aber bekannt, daß sie auch mit solchen belastet sind.

Es ist uns nicht bekannt, welche „Seite“ es ist, die die gesamten Abgaben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder auf M. 2 pro Woche berechnet hat. Das ist tendenziöse Übertriebung. Wenn der Kunstrechner des nationalliberalen Handbuchs „sicher“ ist, daß das „nicht zu hoch“ berechnet, weshalb begnügt er sich dann mit der „Annahme“, daß die möglichen Ausgaben „mit Einschluß von Vergütungen mir M. 1“ betragen? Ist ein jämmerlicher Kunstrechner rechnerischer Art denkbar als dieser? Willkürlich angenommene Ausgaben für „Vergütungen“ — ohne das man natürlich im Stand ist, eine Höhe derfelben anzugeben — werden in Bausch und Bogen zusammen mit den Beiträgen an die Organisation auf M. 52 pro Jahr „berechnet“! Wenn das kein rechnerischer Blödsinn ist, so gibt es überhaupt keinen. Uns interessiert in hohem Grade, was das nach der Angabe des Kunstrechners „zu bedeuten hat“. Während sonst die Gegner der Arbeiterbewegung die Tatsache nicht gelten lassen wollen, daß das Durchschnittseinkommen des deutschen Arbeiters kaum M. 1000 beträgt, paßt es dem Kunstrechner des nationalliberalen Handbuchs in den Kram, es nicht höher anzusehen, um die „direkte Einkommensteuer“, die der Arbeiter an die gewerkschaftliche Organisation zu zahlen hat, auf 5,2 & zu berechnen und geltend machen zu können, daß der Staat so bescheiden ist, selbst bei Millioneneinkommen nur bis zu 4 & zu rechnen.

Schlimm genug, daß der Staat die Reichen so schont. Was aber soll man dazu sagen, daß der Kunstrechner „das überwiegende Gros der Arbeiterschaft vollkommen steuerfrei“ sein läßt? Die Tatsache, daß von den aus Bößen und sonstigen indirekten Abgaben sich zusammensetzenden Reichsteueraufzehr zirka M. 34 auf den Kopf der Bevölkerung, an einer Arbeitersfamilie von fünf Köpfen jährlich M. 170 entfallen, existiert für ihn nicht. Das Gros der Arbeiterschaft ist für ihn „steuerfrei“, weil im gelobten Lande Preußen Einkommen unter M. 900 steuerfrei sind!

Dass er unfreiwillig die erbärmlich schlechte Lage, in der sich das „überwiegende Gros der Arbeiterschaft“ befindet, konstatiert, mag er jetzt nachdem seine Leistung der Kritik verfallen, höchst ungemein empfinden. Wenn es wahr ist, was er behauptet, daß die von ihm „berechnete“ gewerkschaftliche und parteipolitische Steuerlast von M. 70 pro Jahr die in den letzten Jahrzehnten eingetretene Lohnsteigerungen „vollständig absorbiert“, so hat er den Beweis geliefert, daß die Lohnsteigerung „absolut unzulänglich“ ist. Denn was bedeutet eine Lohnsteigerung von M. 70 in einigen Jahrzehnten gegenüber der ungeheuren Steigerung aller Preise, die im Laufe dieser Zeit infolge der herrlichen Wirtschaftspolitik des Reiches und aus sonstigen Ursachen eingetreten ist?

Dem nationalliberalen Kunstrechner unterläuft bei der Betätigung seiner Sicht der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der Partei eins anzuhangen, Dummheit über Dummheit. Die Gewerkschaftsabgaben, denen nach seiner Erklärung „trotz ihrer enormen Höhe eine Art von Berechtigung“ nicht abgesprochen werden kann, weil sie, „wenigstens im Prinzip“, zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter dienen

sollen", dienen tatsächlich diesem Zweck. Ja, weit hinaus über den Kreis der speziellen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter, soweit sie sich in möglichst günstigen Arbeitsbedingungen bewegen, dienen sie sowie auch die Beiträge an die Partei großen allgemeinen kulturellen und humanitären Zwecken; sie ermöglichen, daß die gewerkschaftliche Organisation und die Partei als ein die Kulturrevolution fördernder Faktor ersten Ranges wirken, sie bewirken Bildung, Aufklärung, Wissen, geistige und fiktive Hebung der von herrschenden Klassen und Regierungen in der Erziehung gefälschten vernachlässigten Arbeiterschichten; sie erzielen ein neues starkes Geschlecht; aus mißachteten, indifferennten Frontrechten des Kapitalismus machen sie Menschen, die der Würde und des Wertes der Arbeit bewußt sind.

Damit ihre gewerkschaftliche und politische Organisation alles das leisten kann, deshalb zahlen die Arbeiter an sie ihre Beiträge. Sie selbst oder ihre berufenen Vertreter sind es, die die Höhe der Beiträge festlegen nach rechtem Ermessen der Notwendigkeit. Unausgesetzt müssen sie vom Ertrag ihres Mühens dem Kapital einen erheblichen Tribut entrichten; der Staat, das Reich nimmt einen großen Teil der Früchte ihrer Arbeit für sich in Anspruch; die Arbeitskraft der Massen ist der unerschöpflichen Quell des Lebens für Staat und Gesellschaft. Aus dieser Erkenntnis heraus, die die organisierte Arbeiterschaft gewonnen hat, muß die Opferbereitschaft begriffen werden, die sie für ihre Organisation befindet.

Oft schon haben nationalliberale, konservative und ultramontane Organe ihren Parteien diese Opferbereitschaft zur Nachahmung empfohlen, sie ermahnt, sich an der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ein Beispiel zu nehmen. Vergebliche Majnung! Um ihr zu genügen, müßten die bürgerlichen Parteien einen Geist haben, Grundsägen und Bestrebungen hubigen, die dem Geiste, den Grundsätzen und Bestrebungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gleichwertig sind. Das ist aber nicht der Fall und deshalb werden sie es zu einer Nachahmung der Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nie bringen, während diese darin immer mehr erstarbt und damit ein in der Geschichte wohl einzige bestehende Beispiel solidarischer Selbsthilfe gibt, die großartige Leistungen für den Kulturforschritt in sich schlägt.

Nachdem vorstehende Seiten schon geschrieben waren, finden wir in der „Freisinnigen Zeitung“ einen Beitrag dazu, den wir unseren Lesern nicht vorbehalten wollen. Das Blatt will „vor allem noch ein Moment“ nicht auslassen wissen, das vielmehr nach seiner Behauptung „durchaus Berücksichtigung verdient, wenn man die Ausweitung der sozialdemokratischen Arbeit durch die Partei richtig einzuschätzen will.“

Nun gebet acht, werte Leser, was für ein Moment das ist. Das Freisinnungsorgan schreibt:

„Es ist der Umstand, daß die Zahlstellen, in denen Sinnabende die Gelegenheit ihre Beiträge abzuladen haben, regelmässig in *Gästewirtschaften* gelegt werden, natürlich ausschliesslich in die Lokale von sozialdemokratischen Büdern. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Arbeiter sich nicht darauf befrüchten, in der betreffenden Restauration ihres Gewerkschafts- und Parteisteuers abzuseien, sondern daß sie — wie wir gern glauben, zum großen Teil ungern — sich „moralisch“ gendigt sehen, bei ihrem Büdner auch eine *ß* zu machen. So bleibt von dem Wochenlohn des Arbeiters für die Bedürfnisse von Weib und Kind herzlich wenig übrig, und die Frau ist, wenn sie mit der Familie nicht dachen will, gezwungen, mit zu arbeiten, und zwar wird sie unter den obwaltenden Umständen sich der Heimarbeit zuwenden. So ist es gerade die Sozialdemokratie selbst, die durch ihre hohen Ansprüche an den Verdienst der Arbeiter und durch den diesen aufzuerlegenden Ansporn der Heimarbeit immer neue Kräfte zufügt. Welche große *Heuchelei* also darin liegt, wenn die Sozialisten bei anderer Gelegenheit in heiligster Weise gegen die Heimarbeit wittern, deren Vorbedingung sie doch teilweise selbst erst schaffen, das liegt auf der Hand. Selbstverständlich wird den Parteidiblittern, die durch die elementare Zahlungsmethode verschaffte Gewinn auch nicht ohne Entgelt in den Sack geworfen. Die Herren müssen, wenn es zu den öffentlichen Wahlen — namentlich zu den Stadtverordnetenwahlen — geht, sämtlich auf Tapfer sein und mit allen Kräften für den sozialdemokratischen Wahlkampf Propaganda machen. Sonst geht es ihnen schlecht und das Wahlblatt wird in die Kniee eines würdigeren Gewissens verlegen. Das Ganze aber nennt sich *sozialdemokratischer Moralismus*!“

In der Haupttheorie werden die unsagbar ablebigen demagogischen Gehässigkeiten des Freisinnungsorgans von unseren kritischen Ausführungen betroffen. Es wundert uns nicht, daß sich dies Blatt bemüht, die Gehässigkeit leiten der nationalliberalen Handbücher echt „freisinnig“ noch erheblich zu übertrumpfen. Wenn die Arbeiter in Lokalen freisinniger „Büdner“ für die Kasse des Freisinns ihr Geld abladen würden, man darf überzeugt sein, die „Freisinnige Zeitung“ hätte nichts dagegen einzubringen: Sie, die den Sozialisten Heuchelei vorwirft, ist es, welche die denkbare verächtlichste

Heuchelei treibt. Wo haben denn die Mitglieder der vom Freisinn so sehr poussierte Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine ihre Beiträge ab? Doch wohl nicht in der Nebaktion vor „Freisinnigen Zeitung“, auch nicht auf dem Rathause, sondern genau so wie die bösen Sozialdemokraten in „Kneipen“, bei „Bubikern“. Die Behauptung, daß die Sozialdemokratie den Arbeitern einen „Kneipzwang“ auferlegt, ist so unglaublich erbärmlich, daß wir uns ein kritisches Eingehen darauf wohl ersparen können. Und nicht minder erbärmlich ist die Folgerung rücksichtlich des Mitarbeitens der Frau, die das freisinnige Blatt aus der Zahlung der Beiträge oder sonst bei einem „Parteidibüller“ trinkt, das dann nach voreilhaftigem Ernehen jedem Gegner der Arbeiterbewegung höchst gleichgültig sein. Die theoretische Konsequenz der Zusamme der „Freisinnigen Zeitung“ ist, daß die Arbeiter überhaupt nicht in die „Kneipe“ gehen dürfen, wenn sie nicht verantwortlich dafür gemacht werden wollen, daß die Frau mitarbeiten muß. Ach, was würde der Freisinn darum geben, wenn alle die hier in Betracht kommenden Arbeiter als gute Freisinnige zu freisinnigen „Bubikern“ gehen und dort ihre Beiträge für die Kassen des „radikalen Liberalismus“ abladen würden!

Ausländische Arbeiter.

In letzter Nummer berichteten wir, daß der Gewerksverein der christlichen Bergleute in Thüringen, in einer Eingabe an den Reichs- langtag sich darüber beschwert, daß die Grubenbesitzer ausländische Arbeiter heranziehen, um den Widerstand der inländischen Arbeiter zu brechen. Die christlichen Bergleute sind durch die schlimme Erfahrung, die sie nunmehr an sich selbst gemacht haben, zu diesem Schritt gedrängt worden. Bis in die neueste Zeit hinein haben die christlichen Gewerkschaften sich gegenüber der Heranziehung ausländischer Arbeiter gleichgültig und passiv verhalten, da sie selbst nicht unmittelbar davon berührt wurden. Sie überließen es den freien Organisationen, die sie als sozialdemokratische glaubten, in Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft, gegen das wilde Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft, gegen das Streitkriterium, das die Unternehmer von auswärts herangezogen zu kämpfen. Ja, eine gewisse Richtung der christlichen Gewerkschaftsorganisation hat sogar kein Bedenken getragen, dieses Unreine zu verteidigen und zu unterstützen. Über „Not lehrt beten“ und „Not lehrt handeln“ geht rufen christliche Arbeiter die Hälfte des Reichstagslagers an.

Auch die liberale Presse stand dem Untreuen bisher durchaus nicht abweisend gegenüber; sie hat es oft genug in Schuß genommen, es unter dem Gesichtspunkte einer „Notwendigkeit“ zu rechtfertigen versucht. Unseres Wissens hat z. B. das „Berliner Tageblatt“ mit keiner Strophe dagegen gewandt, daß das Berliner *Handelsblatt* sich dagegen gewandt, daß die Gewerkschaften ausländische Unternehmertum bemüht war und noch bemüht ist, die ausgesperrten resp. streitenden Maurer, Zimmerer usw. durch ausländische Arbeiter zu ersetzen. Um so größer ist unsere Überraschung, daß das Blatt jetzt plötzlich in Rücksicht auf die Beschwerde der christlichen Bergleute, Lothringens Worte schärfer kritisiert findet. Es bezeichnet diese Beschwerde als einen Rotschrei. Es schreibt zunächst:

„Hätte es sich um den sozialdemokratischen Bergarbeiterverband gehandelt, so würde der Reichstag vermutlich antworten: „Gießt du wohl, das kommt davon! Warum läßt ihr euch von der Sozialdemokratie an der Nase herumführen. Gießt verheheln sie euch und dann lassen sie euch im Stich. Ich kann euch nicht helfen, sondern wasche meine Hände vor allem Gott in Unschuld.“

So würde vielleicht Fürst Bülow sprechen, wenn sich sozialdemokratische Arbeiter mit der Bitte um Schutz an ihn wenden. Aber es sind christliche Arbeiter, ja noch mehr, es ist der Gewerksverein der christlichen Bergarbeiter, der ihn um sein Entschreiten bittet. Und hier wird die Sache ungemöglich. Fürst Bülow hat sich so oft schon von den christlichen Arbeitern antelegraphieren lassen und sie wieder antelegraphiert, er hat so oft seine Sympathie mit der christlichen Arbeiterbewegung ausgesprochen, daß er in diesem Augenblick eigentlich nicht schwiegen kann. Wir sind wirklich recht neugierig darauf, was er den christlichen Arbeitern in Böblingen antworten wird.“

Ja, darauf sind wir auch neugierig. Ohne Zweifel wird Fürst Bülow den christlichen Bergleuten eine andere Antwort geben, als er einer sozialdemokratischen Organisation gegeben haben würde. Er wird nicht umhin können, jalich auf die unterbreite Frage einzugehen. Aber dabei wird er in großer Verlegenheit sich befinden. Denn daß er geneigt sein könnte, es mit den Unternehmern zu verderben, ist nicht anzunehmen. Anderseits dürfte er aber auch nicht für ratslich halten, die christlichen

Potenten direkt vor den Kopf zu stoßen. Zinnerhain darf man überzeugt sein, daß der geschmeidige Bülow einen Ausweg aus dem dem Dilemma finden wird, der freilich die Potenten nicht befriedigen und zur Anbahnung einer Entscheidung der Frage, wie die Regierung sich zu der Heranziehung ausländischer Arbeiter stellt, nichts nützen dürfte. Dem Fürsten Bülow ist im Reichstage von sozialdemokratischer Seite oft genug Gelegenheit gegeben worden, sich an dieser Frage zu äußern. Er hat es aber nie getan. Und andere Regierungsvertreter, ausgenommen Graf Baudissow, haben sich immer deum herumgewunden, während der preußische Handels-

inister ganz offen für die Heranziehung ausländischer Arbeiter bei Staatsbauten eingetreten ist.

Das „Berliner Tageblatt“ geht auf die Frage ein:

„Hat ein Arbeitgeber das Recht, den Widerstand der deutschen Arbeiter durch den Import ausländischer Arbeiter zu brechen?“

Seine Antwort auf diese Frage könnte in jedem sozialdemokratischen Blatt stehen; sie ist ganz und gar zusammengefaßt aus Erwägungen und Argumenten, die auch wir weiß wie oft gestellt gemacht haben und die auch in dem Buche Karl Frohnes „Arbeit und Kultur“ enthalten sind. Die Antwort des „Berliner Tageblatt“ lautet im wesentlichen wie folgt:

„Wer nichts ist als Vertreter eines starken Individualismus, der bejaht die Frage, ohne mit den Wimper zu zucken. Selbstverständlich sagt der Arbeitgeber, der keine Zahlung mit dem Volksempfinden hat, kann ich in meinem Betriebe machen, was ich will. Wollen die deutschen Arbeiter zu dem Löhn, den ich ihnen biete, nicht arbeiten, dann hole ich mir ausländische Arbeiter, die damit zufrieden sind, Polen oder Italiener oder Galizier, oder wer sonst gutwillig und leistungsfähig ist.“

So haben es die Grubenmagnaten des Westens nicht erst seit heute und gestern gemacht, sondern schon seit Jahrzehnten. Wenn wir allmählich im Ruhrgebiet eine polnische Frage bekommen haben, in diesem urdeutschen Gebiet, so sind die Grubenbesitzer daran schuld, die den polnischen gegen den deutschen Arbeiter auspielen. Gießt es weiter wie bisher, so ist die Zeit nicht fern, wo die preußische Regierung auch in Rheinland-Westfalen eine Ansiedlungskommission einrichten muß. Im Südwürttemberg wieder wird es eine *französische* Frage geben, wie sie in Frankreich schon längst existiert.

Das durchsichtige Geheimnis dieser Fragen liegt darin, daß die polnischen und italienischen Arbeiter auf einer niedrigeren Kulturstufe als die deutschen Arbeiter stehen, zwar weniger als die deutschen Arbeiter leisten, aber „bedürfnisloser“ sind, was bejaht will, daß sie weder an den Löhn noch an der Behandlung so hohe Ansprüche wie die deutschen Arbeiter stellen und deshalb der Leitung bequemer sind.

Das ist nicht bloß in der Industrie so; in der Landwirtschaft liegen die Beziehungen noch schlimmer. Früher fand eine Wanderung der Arbeiter nur innerhalb der Reichsgrenzen statt. Wenn die Landarbeiter drängten, dann stellten sich besonders in der rübenbauenden Provinz Sachsen die „Handsäger“ und „Gießfelder“ als Saaisonarbeiter ein. Heute reicht diese Binnenwanderung längst nicht mehr aus; erst fümmeln die Polen, dann die Russen und Galizier. Und auch diese slavischen Arbeiter genügen allmählich nicht mehr. Herr v. Oldenburg, das *erst* terrible des Bundes der Landwirte, hat schon mit fülliger Selbstverständlichkeit von einem Import *chinesischer Kulis* gesprochen. Das mag heute noch als ein egaarisches Gutstusidee erscheinen; aber die Kulis werden kommen; auf den Schiffen unserer großen hansestädtischen Unternehmungen sind sie bereits.“

Das freisinnige Blatt bemerkt dann, daß ein solcher Import ausländischer Arbeiter besonders deshalb seine Gefahren hat, weil sich mit ihnen ein Strom von Nulliern nach Deutschland ergiebt. Dem wird hinzugefügt:

„Es sind *tiefer stehende* Klassen und Massen, die bei uns ihr Brod suchen. Kommen sie einzeln, dann lassen sie sich amalgamieren. Kommen sie in Scharen, dann droht sie auf das Niveau der deutschen Kultur. Die Latifundien haben sonst zerstört, so lautet das Urteil über den Niedergang des römischen Reiches. Wir müssen zusehen, daß die Latifundien nicht auch das neue Deutsche Reich ruinieren, wobei man unter dem Begriff der Latifundien ebenso den industriellen wie den landwirtschaftlichen Großbetrieb zu verstehen hat. Wir hätten keine polnische Frage, wäre das Latifundium nicht das Charakteristikum des Ostmarkts. Lassen wir es weiter gehen wie bisher, dann bekommen wir auch eine russische und ruthenische, vielleicht auch eine chinesische Frage.“

Der Staat hat in allen diesen Dingen bisher so gut wie nichts getan; er hat nur nach chinesischem Rezept sein Gesicht gewaschen, indem er eine kurze Unterbrechung des Aufenthaltes der auswärtigen Arbeiter in Deutschland

forderte, damit sie nicht das preußische Heimatsrecht erlangten. Aber ein Arbeiter, der zehn Monate in Deutschland und nur zwei Monate in der Heimat lebt, trägt entweder das deutsche Geld ins Ausland, oder er bleibt im Deutschen Reich irgendwo hängen. Beides ist nicht ohne Gefahr.

Nicht immer wird es so deutlich wie in dem lotringischen Fall, daß die auswärteren Arbeiter in erster Linie als *Streitbrecher* und *Lohnräuber* in Veracht kommen. Aber in gewissem Sinne spielen solche Rücksichten immer mit. Man will billige und willige Arbeitskräfte und sieht sich aus diesem Grunde über die Gefahren hinweg, die von dem Massenimport unkontrollierter ausländischer Arbeiter drohen.

Schließlich offenbart das „*Berliner Tageblatt*“ eine weitere Erkenntnis, indem es diese Ausländerfrage als ein Symptom ungefunder sozialer und gesellschaftlicher Zustände erfaßt – als eine Frage, die nicht für sich, sondern nur im sozialen Zusammenhang zu lösen ist, als ein Problem, „das über die Staatsgrenzen hinausreicht und in seinem Kerne eine internationale Bedeutung besitzt.“ Die Schlüsse lauten:

„Solange aber die soziale Solidarität der Kulturstädte noch in weiter Ferne liegt, haben die deutschen Arbeiter ein Recht, Schutz vor der Konkurrenz auswärterer Arbeiter zu fordern. Dem Unternehmerindividuumus muß durch soziale und nationale Rücksichten eine feste Schranke gezogen werden.“

Wie wird uns da? Hat sich das „*Berliner Tageblatt*“ in dieser Frage ernsthaft zu den Grundfächern und Bestrebungen der sozialdemokratischen Gewerkschaften bekehrt? Wir tun wohl gut, abzuwarten, wie lange bei ihm die bessere Erkenntnis anhalten wird.

Politische Umstöße.

Zur Sicherung der Bauanforderungen. Der dem Reichstag vorliegende Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauanforderungen hat auch von Seiten der *Berliner Handelskammer* in einer Begrüßung erfahren. Die Kammer legt in einer Einlage an den Reichstag erhebliche Bedenken dar mit der Bitte, dem Entwurf die Zustimmung verweigern zu wollen, da bei der völlig voreiligen Grundlage seines Systems auch jeder Verlust, durch Verbesserungsvorstellungen zu praktisch brauchbaren Resultaten zu kommen, ausdruckslos erscheinen muß.

Es wird ausgeführt, der Gesetzentwurf beweist, den Bauhandwerkern u. v. w. welche zu Neubauten Material und Arbeit liefern, eine hypothekarische Sicherung für ihre Forderungen zu gewähren, welche einen solchen Anspruch auf vorausgewisse Befriedigung bereits das V. G. B. anerkannt und im § 646 gewährt hat. Der Entwurf, der davon ausgeht, daß dieser Gesetzbuch auf die Errichtung einer Sicherheitshypothek an dem Baugrundstück nicht ausreichende Sicherheit gewähre, sucht diese durch die sogenannte Haupthypothek und den gelegentlich zustehenden Mängel zu erreichen; er will den Bauhandwerkern damit die eigene Initiative, welche der § 646 des V. G. B. von ihnen verlangt, zum Teil abnehmen. Ganz kann dies nicht geschehen, und der nach läßtige Baugläubiger wird nach vor durch Unterlassen rechtzeitige Anmeldung seiner Forderung oder Erwirkung einer einstweiligen Verfügung sich um seinen Anspruch gebracht sehen. Er wird dies in um so höherem Maße, als die ganze Tendenz des Gesetzes dahin geht, ihn in Sicherheit zu wiegen und eine Brücke auf den Mangel an Vigilanz zu legen.

Demgegenüber erscheint der *Berliner Handelskammer* der umgekehrte Weg, die Einwirkung auf ordnungsmäßige Buchführung, und zwar gelöbter nach den eingeladenen Bauten, die Förderung Kaufmännischer Vorstellung, die Erziehung zu rechtsgerichtiger Gewandtheit und Aufmerksamkeit, als der richtige, um die vielfach schon eingeführte Gewöhnung im Kleingewerbe und Handwerk zu fördern und die noch vorhandenen Missstände zu bejettigen. Der Gesetzentwurf will die Schwierigkeiten des schon wiederholt in Angriff genommenen Problems durch ein auf der Grundlage der Werthabrechnung beruhendes kompliziertes System aus dem Wege schaffen; dies trifft einerseits öffentlich-rechtliche, andererseits zivilrechtliche Bedürfnisse, deren theoretische Folgerichtigkeit anuerkannt ist, die aber einen solchen Zustand der Rechtsunsicherheit und Verantwortlichkeit für die Beteiligten zur Folge haben würde, daß im Endresultat das Gegenteil des beabsichtigten Erfolgs, nämlich eine Schwächung derjenigen Kreise, in denen Interesse des Gesetzes dahin geht, ihn in Sicherheit zu wiegen und eine Brücke auf den Mangel an Vigilanz zu legen.

Die *Berliner Handelskammer* erachtet den Entwurf, von mehreren Gesichtspunkten aus betrachtet, geradezu als mittelstark und sei es nicht, während er doch nach Ansicht und Absicht seiner Urheber dem Mittelstande nützen soll.

Über einen Mangel an tüchtigen gelernten Arbeitern sagt der neueste Jahresbericht der *Berliner Handelskammer* so bekräftigendes Geschäftsjahrgang der Eisenindustrie nicht nur der Unternehmer, sondern ganz wesentlich auch der Arbeiter einen wahrlichen Dienst zu haben gehabt hat. In allen Betrieben wurden entsprechend höhere Löhne gezahlt, und aus den Kreisen anderer Industrien kamen Klagen, daß der bessere Verdienst in der Eisenindustrie viele Arbeiter anlocke, so daß sich anstrengt der Mangel an Arbeitskräften doppelt fühlbar mache. Indessen fühlte es doch allgemein in den Werken der Eisenindustrie an tüchtigen gelernten Arbeitern und dieser Mangel konnte durch Auswanderung aus anderen Industrien nicht ersetzt werden. Die Bemühungen der Arbeitgeber sind daher dauernd darauf gerichtet, sich einen festen Bestand an tüchtigen gelernten Arbeitern zu erhalten, da deren Leistungen auch zu höheren Löhnen weitaus produktiver sind als die billig gehobner, aber in ihrem Fach nicht völlig ausgebildeter Arbeitskräfte.“

Letzteres an sich ist richtig. Aber die Ausführungen der *Berliner Handelskammer* im allgemeinen geben wir nur mit dem kritischen Vorbehalt wieder, daß sie den Tatsachen entsprechen.

Der Aufsangungsprozeß des ländlichen Grundbesitzes durch die Industrie in der Eifel. Gegenstand ist der Eifel, wie der „*Streit. Blg.*“ von dort berichtet wird, immer größeren Aufgang an. So sahnen in diesen Tagen die Rheinischen Staatswerke einen der ältesten und größten Bauernhöfe des Battenweser Bezirks in der Nähe ihrer Zentrale „Bentheim“ für M. 425 000. Bei Gladbeck ging ein anderer Bauernhof für M. 150 000 in den Besitz des preußischen Bergwerks über, der an dieser Stelle eine Arbeitersiedlung von 150 Wohnhäusern errichten will. Zu dem gleichen Zweck erwarb endlich die *Weserhütte* bei Osterfeld ländlichen Grundbesitz für M. 100 000.

Arbeitskrautkassen. Die Landesversicherungsanstalt für die Invaliditätsversicherung Westfalen ist bestrebt, eine Einheitseinrichtung zwischen den Mitgliederkassen von Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- oder Handelskassen und den Lohnkassen der Invaliditätsversicherung herzuführen. Zu diesem Zweck hat die Versicherungsanstalt an alle in Betracht kommenden Institutionen eine Circular gerichtet, in dem die entsprechenden Vorstellungen gemacht werden. In diesem Circular wird auch ein Schulbeispiel dafür angeführt, welche Vorteile den Unternehmen aus der Errichtung von Arbeitskrautkassen erwachsen. Es heißt in dem Circular:

„Eine im Jahre 1905 für ein Haushalt errichtete Betriebskrautkasse, deren Mitglieder in weit überwiegendem Maße einen täglichen Arbeitsverdienst zwischen M. 4 und M. 6 haben, hat als einzigen durchschnittlichen Verdienst für männliche Mitglieder über 16 Jahre den Sab von M. 2,00. Das hat zur Folge, daß die Kostenmitglieder, welche bis zu M. 6 täglich verdienen, nur ein Krankengeld von M. 1,30 pro Tag erhalten, und daß der Arbeitgeber, welcher bei richtiger Einteilung Marzen 5. Lohnstufe für die gesamte Wochzahl seiner Arbeiter zur Invaliditätsversicherung würde verwenden müssen, jetzt nur jolge 3. Lohnstufe zu verwenden braucht, mitlin M. (38 – 24 = 12 : 2 =) 6,00 wöchentlich für die Person allein bei der Invaliditätsversicherung spart. Der bei der Krankenversicherung erprobte Betrag wird noch größer sein, und da mindestens 50 Arbeitnehmer beschäftigt sein müssen (§ 60 R. Berl. Ges.), oft aber mehrere Hundert beschäftigt werden, ergeben sich Summen, die bei der Konkurrenzfähigkeit der Arbeitgeber ins Gewicht fallen. Der betreffende Bauunternehmer wird dann auch nach dem Berichte unserer aufständigen Kontrollbeamten eine Einteilung nach unserer Wünschen vorausichtlich nur einführen, wenn eine solche auch den übrigen Kranenkassen am Orte aufgezeigt wird. Diese Kosten haben, mit Ausnahme einer, die selben niedrigen Durchschnittslöhne, und mit Rücksicht auf diese – nicht auf das tatsächliche Bedürfnis – in vermutlich jener niedrige Sab in das Statut der gedachten Betriebskrautkasse übernommen werden. Daß dem Bericht dieses Kontrollbeamten erkennt Arbeitgeber in dem noch bestehenden erheblichen Höhenunterschied in den Durchschnittslöhnen der Kranenkassen und die Versicherer fühlen sich benachteiligt. Der Versicherungsanstalt entgeht außer dem vom Arbeitgeber erwarteten Betrag von § 3 für die Woche und Person auch noch der Anteil der Versicherer in gleicher Höhe, sie hat also durch die mangelhafte Einteilung dieser Kasse allein, wenn man mit 100 Versicherten und 40 Arbeitswochen für das Jahr rechnet, eine jährliche Mindereinnahme von (0,06 + 0,06 = 0,12 × 100 = 12,00 × 40 =) M. 480.“

Unternehmensverband. Einfachwöchentlich lange Jahre war der Hobler M. bei der Firma *Wüller & Külling* in Aachen beschäftigt, und tagein, tagaus hat er seine Schuldigkeit. Natürlich hatte er das Unglück, bei der Arbeit einen Fehler zu begehen. Der Werkmeister machte ihm darüber so heftige Vorwürfe, daß M. entkam. Einigen Tagen brachte ihm ein Bote der Firma folgenden Brief:

„Der Kluft von gestern scheint Ihnen in den Wagen gefahren zu sein, und nun spielen Sie den frischen Mann und übergeben sich. Wir erfreuen uns Mittelung, wann Sie die Arbeit wieder aufnehmen, da wir die Maidine nicht stillsetzen lassen wollen und für anderweitige Beschäftigung derselben von morgen früh ab sorgen werden. Sie tun für die Folge gut, etwas weniger Alabhol zu genießen, da wir ja an Ihrer Arbeit leben, und wir die Folgen derselben bemerkbar machen, und wir bedauern, daß wir einem so alten Arbeiter diesen Brief schreiben müssen. Wirklich eine echt kapitalistische Ansatzung, an einen Arbeiter, den man 20 Jahre lang brauchen konnte. Wenn die Arbeitstraße nachläßt, wird der Ausgenutzte – bestimmt und verkrampft.“

M. fühlte sich durch den Brief aufs tiefste beleidigt. So sehr hatte sich der Bote in ihm versteckt, daß er hingang und seinem Leben ein Ende machte. Nun kann die Firma ihre Maschine anderweitig besetzen.

Die ständige Ausstellung für Arbeiterschäfthärt in Charlottenburg (Gräfenhoferstraße 11/12). wird mit einem Röntgenaufwand von M. 180 000 pro Zeit erheblich erweitert. Während der 3½ Jahre ihres Bestehens hat sich die Ausstellung eines andauernden regen Besuches erfreuen können. Den größten Teil der Besucher stellen naturgemäß Berlin und seine nähere Umgebung, doch bildet die Ausstellung auch häufig das Ziel von Besichtigungen, namentlich von Gruppenbesichtigungen aus dem übrigen Deutschland und auch von Ausländern wird sie oft in Augenschein genommen. Ebenso wurde die Ausstellung von wissenschaftlichen Vereinen, Gewerkschaften, Fortbildungskursen, studentischen Vereinigungen usw. rege besucht. Kein Arbeiter, der in Charlottenburg oder in der Nähe wohnt, sollte eine gründliche Besichtigung vermissen.“

Sozialpolitisches. Ein zweigesetztes Reichsom. für Sozialpolitik soll nach offizieller Mitteilung bei dem in Aussicht genommenen Teilung des Reiches in das Innern in verschiedene Meforsis errichtet werden. Offiziell wird geschrieben:

„Um zu erkennen, wie die durch die Gewerbeordnungen von 1897 geschaffene Handwerksorganisation gewirkt hat, wurde vor längerer Zeit eine umfassende Erhebung veranstaltet. Ein ausführlicher Fragebogen wurde an die Innungen, Innungsverbände, Handwerkstümmer und die anderen Handwerksorgane verband und das eingegangene, recht ausgedehnte Material dem Kaiserlichen Statistischen Amt zur Bearbeitung übergeben. Die Prüfung, Sichtung und Zusammenstellung der durch die Erhebung gewonnenen Ergebnisse haben einen gerauen Zeitraum in Anspruch genommen, jetzt nähert sich aber die Arbeit ihrem Ende so, daß es nicht mehr auf einen Abschluß gerechnet werden darf. Als sicher darf man nach dem jetzigen Stande der Arbeit annehmen, daß die betreffende Denkschrift dem Reichstage in seinen nächsten Tagungsabschnitten unterbreitet werden wird.“

Die Arbeiter des Handwerks bzw. Vertreter ihrer Organisation sind selbstverständlich bei dieser Erhebung nicht betroffen worden, trotzdem gerade ihrem Interesse Bedeutung beizugesetzt ist.“

Auf eine Vorstellung hin, die der *Soziale Ausschuß der Technischen Angestellten* beim Statistischen Amt unternommen hat, ist zugelassen, daß die Arbeits-, Lohn- und Lebensverhältnisse der Privatangestellten im Reichs-Arbeitsamt, in dem bisher in der Hauptstadt nur die Bewegung der Industriearbeiter registriert wurde, soll auch für die Bewegung der Privatangestellten ein größerer Raum geschaffen werden. Als erste größere Arbeit ist eine Übersicht über die Kostenverhältnisse der Privatangestellten-Organisationen und über die Zahl der überhaupt organisierten Angestellten in Aussicht genommen.

Rechts für die Agrarier. Der vom Deutschen Reich mit Russland abgeschlossene Handelsvertrag räumt Russen „Recht“ ein, sich in Deutschland aufzuhalten und dort natürlich auch zu arbeiten. Unter Agrarier aber verbinden damit die Prätention, daß die Russen nur für sie, in landwirtschaftlichen Betrieben, zu arbeiten haben. Darin, daß russische Arbeiter auch in der Industrie beschäftigt werden, sehen sie eine „überwiegende Beeinträchtigung ihrer Interessen“. Offenbar auf ihr Beziehen und auf höhere Anwerfung ist es zurückzuführen, daß, wie mitgeteilt wird, Russen, die industrielle Arbeit verrichten, ein Formular folgenden Inhalts zugestellt werden ist:

„Sie werden hierdurch aufgefordert, Ihre Beschäftigung bei ... spätestens innerhalb acht Tagen aufzugeben und in einem landwirtschaftlichen Betriebe, in dem Ihre Beschäftigung zugelassen ist, Unterkunft zu suchen, andernfalls Sie Ausschluß erlangen müssen.“ (Unterschrift des Amtsvertreters).

Das heißt nichts anderes, als die russischen Arbeiter für gewöhnlich zwinge, sich der Landwirtschaft zu zuwenden, breit, wenn Russen in der Industrie als *Streitbrecher* tätig bestätigt, droht man ihnen auch nicht mit Ausweisung. Eindeutiger Agrarierrecht oder *Streitbrecher* oder *Streitbrecheragenten* hat der russische Arbeiter zu wählen. Dazwischen hat der russische Arbeiter zu wählen.

Streitbrecheragenten. Es ist ja bekanntlich eine ganz gewöhnliche Erfindung, daß die Ausbeuter der verschiedenen Länder bei Streit für Arbeitsträte aus dem Auslande anwerben, denen man nicht sagt, daß dort, wo sie hingestellt werden sollen, ein Streit besteht. Wenn die Arbeiter dann an den Bestimmungsort kommen und aus Solidaritätsgefühl die Arbeit verweigern, dann stehen sie mit dem Ausland ohne alle Mittel zur Rücksicht da und gar mancher von ihnen ist hierdurch schon zum Verräter an seinen Genossen geworden. In Österreich wird nun, wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ darlegt, die Sachlage noch dadurch verschärft, daß der Arbeiter hier mit dem Arbeitsbuch belastet wird, daß der Streitbrecheragent ihnen die Arbeitsbücher abnimmt und die Arbeiter die Dokumente im Ausland aufzulösen und nur mit vieler Mühe ein neues Arbeitsbuch bekommen, wenn es ihnen endlich gelungen ist, in die Heimat zurückzufahren. In Währing-Dörfel waren nun während dort schwere Differenzen der Bergarbeiter mit den Grubenbesitzern vorlagen, deutsche Agenten erschienen, die die Streitenden für deutsche Kohlenzüge anwerben wollten. Dieser Umstand hat endlich dazu geführt, daß sich die Behörden in Österreich erinnert, daß sie ein Gesetz haben, durch das die Tätigkeit der Streitbrecheragenten mit Strafe bestraft wird. Es ist das Gesetz vom 21. Januar 1897, R. G. Bl. 27, womit strafrechtliche Bestimmungen in Bezug auf das Betreiben der Auswanderungsgesellschaften erlassen werden. Danach wird jeder mit Arrest von acht Tagen bis zu jedem Monat bestraft, der Auswanderungsgesellschaften ohne behördliche Bewilligung betreibt oder vermittelt oder bei dem wenn auch gestatteten Betrieb solcher Gesellschaft den bestehenden Verordnungen widrige Handwahrt. Arrest wird auch, wer andere unter Vorstellung falscher Tatsachen oder durch andere, auf Auswanderung bestreite. Die Strafe ist im Falle dieses Vergehens strenger Arrest von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, womit auch Geldstrafen bis zu 4000 Kr. verbunden werden. Im Falle eines schweren Vergehens ist sogar auf strengem Arrest bis zu drei Jahren in Verbindung mit einer Geldstrafe bis zu 8000 Kr. zu erlassen.

Wenn also jemand aus dem Ausland nach Österreich kommt und einem Arbeiter durch die Vorstellung, daß an dem Ort, wo er ihm hinzugehen will, ein Streit besteht, während dort in Wirklichkeit gefreit wird, oder wenn einem Arbeiter in derselben Weise einen außergewöhnlich hohen Lohn versprochen, ohne daß er gewillt ist, ihm diesen zu zahlen, ja, wer auch nur die Arbeitsbedingungen günstiger hält, als sie tatsächlich sind, und den Arbeiter dadurch zur Auswanderung verleitet, macht sich des oben erwähnten Vergehens schuldig und ist daher in Österreich zu bestrafen. Der Verlust zur Verleitung zur Auswanderung ist natürlich in derselben Weise zu bestrafen wie die Verleitung selbst. Da es sich überwiegend hierbei meist um Ausländer handelt, die diese strafbare Tat begehen, so sind die

Herren dann immer nach der Verurteilung von den politischen Behörden aus ganz Österreich aussuchen.

Die Wiener "Arbeiterzeitung" konstatiert, daß ihres Wissens dieses Gesetz bis jetzt noch niemals angewendet worden ist. Es werde notwendig sein, daßselbe konsequent zur Anwendung zu bringen. Deshalb sei in jedem einzelnen Falle — mag er wo immer vorkommen — ein Streitbegegnung anzuzeigen, und es sollte dann Sache der Beirätegericht sein, Österreich von diesen Leuten zu säubern.

Schließlich empfiehlt die "Arbeiterzeitung" diese Vermerkungen den Bauarbeitern zur Beachtung, die sich bemühen, die vertriebene Tätigkeit der Berliner Streitbegegnungen fahrlässig.

Das sozialpolitische Arbeitsprogramm des Reichstages im nächsten Sessionsabschnitt wird in den "Münchener Neuen Nachrichten" offiziell dahin stiziert:

Von sozialpolitischen Vorlagen seien das Hülfsschlafgesetz und die Reibewerbsförderung des Unternehmenswohnsitzes bereits im aufgelösten Reichstag so weit beraten worden, daß unter Benutzung dieser früheren Arbeiten die Fertigstellung dieser beiden Gesetze "schwierig noch auswiel Zeit und Mühe kosten werde". Angenommen sei weiter, daß durch die Berner Konvention vom 26. September 1906 geforderte Regelung der Vorschriften über die Nachtruhe der Arbeitnehmer in Gewerbebetrieben; hier seien ins Frankreich und England bereits vorangegangen; aber da wir das Verbot der Frauen-Nachtarbeit schon hätten, handle es sich bei uns kaum um mehr als eine Formfrage.

Bedeutender sei die ebenfalls angekündigte Erweiterung der elfstündigen Magazinarbeitszeit für erwachsene Arbeitnehmer, also die Einführung des gesetzlichen Gehstundenabgangs. Der Elfstundentag sei mit der Gewerbeordnungsnovelle von 1891 gekommen. Seitdem haben sich die Verhältnisse ständig in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit entwidelt, so daß in der Praxis der Gehstundentag jetzt schon in der Regel die höchste Grenze der Arbeitszeit für Arbeitnehmer bilden. Die geistige Fortschreibung bedeutet somit "nur die Manifestation einer Tatsache, durch die die noch rückläufigen Betriebe einem Zwange unterstellt werden". Und dieser Zwang werde durch Übergangsmaßnahmen und Ausnahmen "viel von seiner Härte eindämmen". Das heißt: man wird den Bünchen des Unternehmertums in diesem Punkte möglichst Rechnung tragen!

Die offizielle Zeitschrift beweist, daß die Reform der großen sozialen Versicherung schon im nächsten Winter an den Reichstag kommen werde, und bemerkt dazu:

Im Laufe der Vorarbeiten haben sich die Ansichten und Pläne mehrfach geändert; von fehlfreien und greifenden Projekten ist man allmählich immer öfter geworden. Von einer Verschmelzung der drei Versicherungswesens — für Krankheit, Unfall, Invalidität — ist nicht mehr die Rede. Man wird ihre Selbständigkeit nicht anstreben, sondern sich mit einer Vereinfachung der Verwaltung, einer Vereinheitlichung des Kreises der Versicherten und der Ausübung von jetzt noch bestehenden Bilden begnügen. Die Erweiterung der Krankenversicherung auf ländliche Arbeiter, Heimarbeiter und Dienstboten, die Ausweiterung der Verwaltungskonstruktion in den Krankenanstalten und der Invalidenversicherung, die Bildung großer und leistungsähnlicher Kassen — Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen — unter Ausaltung der zahlreichen Zwergkassen, die Ausdehnung der Unfallversicherung auch auf kleinbetriebliche Betriebe, die Errichtung einer Wissenschafts- und Wissenschaftsversorgung — das alles sind Probleme, die einer sehr gründlichen Durcharbeitung bedürfen. Es wird viel Mühe und Zeit kosten, wenn diese Reformen bis zum Jahre 1910, dem für die Hinterbliebenenversicherung geistlich bestimmten Jahre, durchgeführt sein sollen.

Als sicher steht die Zeitschrift mit, daß die Gewerbebegegnung in der nächsten Sitzung des Reichstags beschlossen werde. Eine Vorlage über die Ausdehnung der staatlichen Gewerbeaufsicht auf die Haushaltungsindustrie werde gegenwärtig von den Regierungen beraten. Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Haushalt in der Zigarrenindustrie liegt bestimmt bereits vor.

Als weitauß wichtigsten Gesetzentwurf, bezeichnet die Zeitschrift die reichsgerichtliche Regelung des Vereins- und Verhandlungswesens. Diese "Reform", die der Reichsanziger gleich in seiner ersten Rede vor dem neuen Reichstag an der Spitze seines Programms angekündigt habe, unterliege jetzt kommissarischer Betrachtung und werde sicher an den Reichstag kommen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Produktionsverbrauch — Börsenverdung — Versuche, die Knappheit an Leihkapital und Baulungsmitteln zu mildern.

Ein so widersprüchvoller Zustand, wie er nun schon monatelang im Wirtschaftsleben herrscht, wird wiederherstellen.

Als symptomatisch für die Produktion darf man vielleicht einfach die Gewinnung und den Verbrauch von Kohlen und Eisen aus dem vielgestaltigen Tatjachstoff herausgreifen, weil so gut wie alle Industrien bei gutem Geschäftsgang einen Mehrbedarf, bei niedrigem Konjunktur einen Widerbedarf nach dieser Seite entwideln. Nun ergibt die deutsche Statistik für das abgeschlossene erste Halbjahr eine vergleichsweise, die wahrscheinlich nicht nach Stillstand in Deutschland aussieht:

	Produktion in Tonnen		
1. Halbjahr	Steinkohle	braunkohle	Kohleisen
1904.....	58 825 710	28 251 206	4 999 413
1905.....	56 630 591*	24 944 082	5 098 588
1906.....	67 257 295	28 911 978	6 117 126
1907.....	69 671 431	29 602 022	6 355 953

* In das 1. Halbjahr 1905 fiel der rheinisch-westfälische Streit.

Selbst gegen das glänzende Vorjahr 1906 ist der weitere Aufstieg ein ganz ansehnlicher, obwohl bei den Steinöfen die Spannung zwischen dem Begehr aller Kreise und den tatsächlich erfolgten Lieferungen der Grüben noch stärker geworden ist. Daß der wirkliche Anlandsverbrauch in noch größerer Verstärkung als die oben verzeichnete Produktion gewachsen ist, geht aus der Verschiebung zwischen Einfuhr und Ausfuhr hervor. An Roheisen strömte sonst mehr nach dem Ausland ab, als vom Ausland ausgewandert hereinkam, aber im ersten Halbjahr 1907 stieg die Einfuhr und hier in einem Einfuhrüberschub um, um ersten Mal wieder seit dem Jahre 1901. Bei den Steinöfen ist (gegen das erste Halbjahr 1906) der Ausfuhrüberschub um 1.800 000 t zurückgegangen; eine gleiche Menge blieb also, neben der inländischen Rohgebinde, dem deutschen Verbrauch mehr als im ersten Halbjahr 1906 zur Verfügung. Selbst wenn man den etwas andersartigen Verlauf beim Import und Export von Koks in Rücksicht nimmt (1. Halbjahr 1906: Einfuhr 305 548 t, Ausfuhr 1.661 968 t — 1907 Einfuhr 242 753 t, Ausfuhr 1.803 525 t), verändert sich das Bild nur um einen paar nebenfachliche Striche.

Dagegen die Börse, an der gewissenswerten die abgelösten, selbständigen gewordenen Wertwerte der größten Produktions- und Verlehrunternehmen gehandelt und umgesetzt werden! Auf dem Marktviertel wächst die Zahl der Gedankenstriche, das heißt derjenigen Effekte, für die sich weder Käufer noch Verkäufer melden. Dem Berliner Börsenkomitee kommt der Auftrag, daß es viel Aufzettelchen bereiten, daß minige Abschläge von einem paar tausend Mark, die gar nichts Reales zu bedeuten haben, im maßgebenden Börsenfonds ihren Niederschlag finden und neu nach außen hin zu wirken beginnen, als ob hinter ihnen allgemeine kapitalistische Werturteile stecken. Der "Umlauf"-stempel, der eigentliche Gradmesser der Verhältnisse des Börsentreibens, hat seit 1908 in seinem Monat einen so niedrigen Ertrag abgeworfen, wie im Juni des laufenden Jahres (nur 475 849) in den Herbstmonaten des Jahres 1905 brachte er fast das Dreifache ein — im September 1905, kurz vor dem ersten französischen Monat, dem damaligen Oktober, ergab er 2.283.762! Das heißt, der "Effekten"-stempel (die Emissionsstempelsteuer) im Juni noch immer gute Einnahmen verzeichnet, ist für die hier Beteiligten kein Trost, denn gerade durch die fortwährende Auflegung neuer Anleihen, Aktien und Pfandbriefe wird das bisherige Verdauungsfähigkeit des schwachen Börsenmägents schon überreichlich in Anspruch genommen.

Und nun der sogenannte Geldmarkt: die Bereitstellung von Zahlungsmitteln und das Angebot von Leihkapital, im Verhältnis zur Nachfrage, zum Bedarf des Geldmarktes! Wir haben dieses Verhältnis oft genug nach Wunsche und Ausdehnung geschöpft, aber es tritt in immer neuen Erscheinungen zu Tage. Die Beschaffung von Hypotheken Geldern steht mehr und mehr in den Händen der Kreditbedürftigen sich auf längere Dauer zu ungünstigen Binsbedingungen, wie sie heute herrschen, festlegen, helfen sie sich lieber zu noch drückenderen Bedingungen mit. Der Kreditgeber ist der Kreditnehmer, oder mit Lürzerfristigen Binsbedingungen, in der Hoffnung, daß nach einiger Wartezeit doch wieder normale Hypothekenaufnahmen möglich sein müssen. Genauso bedenkt sich die Regierung, soviel es geht, mit Schärfen einen fürzigeren Kaufpreis und Anleihen mit dauernd hoher Binsbelastung zu vermeiden — Anleihen mit niedriger Binsbelastung sind eben gegenwärtig und in nächster Zeit nicht unterzubringen. So hat das wirtschaftliche Finanzministerium neuerdings wieder die Schöpfung der Schatzanleihe für 1907/08 auf 20 Millionen Mark gefordert. "Die Verhältnisse des Gelmarktes", heißt es in der Begründung, "haben sich seit Beginn des Jahres auf eine Weise entwickelt, daß für jetzt und auch für die nächsten Staatsjahre die Aufnahme von Staatsanleihen nur unter erträglichen Bedingungen stattfinden kann. Die Möglichkeit, den Aufnahme eines 3½prozentigen Anleihens ist zur Zeit völlig ausgeschlossen, und es ist aus diesem Grunde auch die Aufnahme des für den Herbst 1908 vorgesehenen Anleihens von 14 Millionen Mark bis zum äußersten Zeitpunkt verschoben worden. Um jedoch der Staatshaushalte die als Erfolg erforderlichen Geldmittel für ihren ungefährten Betrieb zu verschaffen, soll sich ein anderer Weg, als die Ausgabe von Schatzanweisungen", usw. Es muß den staatlichen Organen die Möglichkeit gewahrt bleiben, den günstigsten Zeitpunkt für die Anleihenbewegung zu bestimmen, um so mehr, als die Kurse der neuen Anleihen eine Rückwirkung auf den Kursstand der älteren, niedrigeren vergangenen Staatschuldbriefverhandlungen ausüben werden". Wo solche zeitweilige Befreiung nicht möglich sei, steht sich der 4½prozentige Anleihesatz für Hypothekenbanken (Pfandbriefe), Gemeinden und Städten mehr und mehr fest. Aber auch hier sucht man, soweit es geht, eine Erleichterung für die Befreiung offen zu halten. So ist die Deutsche Hypothekenbank in Berlin zur Ausgabe 4½prozentiger Pfandbriefe übergegangen, aber der Vorstand betonte zugleich, daß die andernmalen Geldbeschaffnisse höchstens einmal aufzuhören würden: man schränkte deshalb die Emission auf den verhältnismäßig geringen Betrag von 10 Millionen Mark und schloß die Kündigung und Verlösung nur für einen kurzen Zeitraum aus, so daß man alsdann wieder freiere Hand erhält.

Auch die Bemühungen, an Baulungsmitteln um Klein- und Mittelverlehr zu sparen und dadurch den Banken reichere Befindnisse und hierdurch den ganzen Leihkapitalmarkt eine größere Flüssigkeit zu verschaffen, gehören in dieses Gebiet. Von allen Seiten geht man jetzt nach diesem Ziele vor. Die Berliner Börse ist der Kaufmannsbörse bei der Reichsbank für vorzüglich, aber nur der Großverlehr benötigt sich daran, so daß noch immer nur etwa 23 000 Tonton in Frage kämen. In einer Deutshschrift wird ausführlich: "In einer Deutshschrift wird sowohl bei dem großen Teil der Gewerbetreibenden wie den Privaten — habe der Gewerbe, Baulungen durch Überweisungen oder Schecks zu leisten, ohne bare Baulungsmittel in Bewegung zu setzen, noch nicht hinreichend Wurzel gesetzt. Und diesem Umstand sei zu zuschreiben, daß in Deutschland, mehr als in anderen

Kulturländern, die bare Baulungsmittel in unverhältnismäßiger Weise von einem zum anderen wanderten, statt in der Reichsbank, die Befindnisse zu vermehrten und so zur Herstellung normaler Baulungsmittel beizutragen. Um das Überweisungs- und Scheckwesen auszudehnen, sei es 1. nötig, daß sich jeder Mann bei einem Bauhaus ein Konti eröffne lasse, 2. daß jeder, der ein Konti bei einem Bauhaus habe, dies durch Aufdruck auf seine Briefbogen und Rechnungen, oder sonstwie bekannt gebe, 3. daß das Publizum, von dem Konti bei Bauhäusern den im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse liegenden geeigneten Gebrauch zu machen, 4. daß alle Behörden des Reiches, der Staaten und der Gemeinden bei ihrem großen Geldverkehr mit dem Publizum auf Benutzung dieser Einrichtung hinwirken. Es werden dann weiter in der Öffentlichkeit bereits seitens der Posten unternommene Schritte gefüllt. Die preußische See- und Landesverwaltung tritt für Ausbreitung des Scheckvertrags in einem Rundschreiben ein, alle Behörden und Institute, alle Handel und Gewerbetreibende, alle Reichsbeamte, Kärtner und Beamte, alle Hauseigentümer und Hypothekengläubiger, alle Mittergutsbesitzer und Domänenpächter, alle Kapitalisten und alle besser situierten Privatpersonen". Eine charakteristische Stelle sei hier wiedergegeben: "Theoretischen Auseinandersetzungen über Scheckwesen usw. bedarf es für den praktischen Gebrauch absolut nicht. An der Kasse des Bankiers wird sich jeder an den Hand von Münzen in wenigen Minuten über die Bedeutung von Einrichtungen klar werden, deren Wert so einleuchtend ist, daß man nicht bestehen wird, wie man sich fast überall in Deutschland so lange von deren Benutzung hat fernhalten können. In England hat sich der Kontoverlehr so eingebürgert, daß eigentlich jeder, der für reisetabel oder doch leichtwürdig gelten will, ein Bankkonti besitzt. Alle Zahlungen — auch Zahlungen geringerer Beträge — werden dort auf den Konti derart besorgt, daß der Bankdirektor sich auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Konzentration des Geldes gefäßt dessen hohe Ausnützung und schafft somit gute Kreditverhältnisse. Der Kredit nötigt hat, erhält ihn in England durchschnittlich 1.000.000 Pfund, ist bei uns, in Deutschland, weil wir uns nicht der Banken bedienen, sondern an alter Gewohnheit leben und Bargeld haben und herkömmlich, gewaltige Summen hoher Geldes in Tausenden von Geldbündeln und in Millionen von Briefsäcken, Geldbeuteln und Börsenmünzen. Diese Zerplitterung des Geldes hindert den Ausnützung. Allein von deutschem Geldbündlern werden täglich zirka 25 Millionen, jährlich zirka 9 Milliarden Mark ausgewiesen". Der preußische Finanzminister hat alle Staatsbehörden angewiesen, den vereiterten Widerstand gegen die Annahme von Schecks (zunächst solche, die auf Depositenguthaben bei der preußischen Centralgenossenschaftsstelle gezogen sind) aufzugeben.

Vorliegende ist starke Produktion und hohe Marktpreise — aber Verordnung der Börsen — dazu anstehende Entnahmen des Leihkapitals und im Gefolge davon die Unhaltbarkeit und der Zusammenbruch manches alten stark auf Kredit ruhenden Unternehmens — diese Grundzüge werden, wie es scheint, sich nicht so bald ändern.

Berlin, 28. Juli 1907. Max Schippel.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperron, über die nicht mindestens alle vier Wochen befreit wird, werden fernherin nicht mehr veröffentlicht.

Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hamburg: Kirchwärder (Streik), Ochsenwärder (Sperre über Brecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorleth), Lübeck (Differenzen); Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling und Borsdesholm (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Häger), Nortorf (Sperre über Rohre in Bokel), Sonderburg (Differenzen bei Landsmann und Luda und Thomsen aus Schleswig, gesperrt sind die Bauten der Marinakaserne und der Admirallität); Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Kortf); Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die sind an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Cöpenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glienicke, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dallendorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weißensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennikendorf-Horsfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreiskrankenhaus und Saalbau in Gallen), Königs-Wusterhausen (Sperre über Rehfeld in Deutsches Wusterhausen); Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pöllitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen:

Neumark, Zoppot (Streiks). **Marienwerder** (Differenzen), Konitz (Sperrre über Hermann), Sensburg (Sperrre über Rehse), **Momei** (Sperrre über Richtmeier und Schmidt);

Posen:

Schwersenz, Kolmar (Streiks), **Schnedemühl** (Differenzen);

Schlesien:

Olkau, Muskau i. d. Ober-Lausitz (Streiks), Peitzer-witz (Aussperrung);

Königr. Sachsen:

Chomitz, Kirchberg (Streiks). **Leipzig** (gesperrt) sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofs-bauten, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Alfred Kirschner in L. Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hormann Kogel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14; Arthur Schnitzel in Wahren, Ecke der Hallischen- und Bahnhofstrasse), **Schneeburg** (Sperrre über G. Heckel in Schneeburg; Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema, und über den Fabrikneubau in Ober-schlema, Unternehmer Sündler), **Meissen** (Sperrre über Teicherts Ofenfabrik), **Mulsen** (mehrere Sperrren), **Aue** (Sperrre über Ritsch in Lössnitz);

Provvin Sachsen und Anhalt:

Erfurt, Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Quedlinburg (Sperrre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Springe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorff (Streiks), Celle (Aussperrung);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperrren);

Rheinland:

Aachen, Grefeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort (Sperrre über Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Alendorf a. d. Werra, Gernsheim (Streiks);

Elsass-Lothringen:

Mülhausen, Hagenau (Streiks);

Baden-Pfalz:

Emmendingen (Differenzen), Unterharmersbach (Sperrre über den Schulneubau);

Württemberg:

Ludwigsburg (Sperrre über Schell);

Bayern:

Sell (Sperrre über Jäger & Werner), Weissenburg (Differenzen);

Fliesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperrre über den Zwischenunternehmer Jeschnowsky, die Arbeit ist im Post-neubau in Hagen i. W.), Gelsenkirchen (Sperrre über Lehmkuhl & Borchard);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Lachen-Siebenen (Streiks);

Oesterreich:

Göding, Leitomischl, Losben, Linz, Mährisch-Weisskirchen, Schönlinde, Tachau (Streiks);

Berlin.

Die berüchtigte Praxis der reichshauptstädterischen Polizei, die allen Arbeitsstätten offen und sonnenauflauf auf die Seite der Unternehmer zu stellen und ungeachtet des reichsgerichtlich gewährleisteten Koalitionsrechts den Streikosten alle möglichen Schwierigkeiten zu machen, bewährt sich natürlich auch beim Streik der baugewerblichen Arbeiter. Die notorischen Lumpen, die sonst die Polizei immer mir hinter sich als Verfolger haben, haben sie jetzt vor sich als Beschützer. In Charlottenburg hatte man 136 Italiener, die eben in Halle a. d. S. überflüssig geworden waren, an Eisbäderbäuerlein eingekauert. Zu ihrer Verladung, zum Weitertransport waren annähernd 50 Schutzeule requiriert worden, die es denn auch glücklich verhinderten, daß diese Leute Aussicht über die Lage geben werden konnten. "Den Streikenden in es nicht gelungen, auch nur einen einzigen Italiener zurückzuholen", so berichten die bürgerlichen Blätter frohlockend. So wird die mit dem Gelbe aller Steuergäste bezahlte Polizei dazu benutzt, die Arbeit für die Unternehmer zu verhindern, zu der sich diese selbst zu gut halten. Ohne diese Hilfe stände die Sache der Unternehmer noch schlechter, als sie es so tut. In einzelnen Fällen wehren sich die Arbeiter gegen die polizeiliche Überwachung der Bauten ganz energisch. In einem Bau hatte man zum Schutz der Streikenden gleich eine ganze Polizeiwache stationiert. Die übrigen dort beschäftigten Arbeiter hatten keine Lust, länger unter polizeilicher Kontrolle zu arbeiten und legten darum sämtlich die Arbeit nieder.

So gut hat sich an der Kampfslage nicht viel geändert. Die Unternehmer haben etwas mehr Glück bei dem "Arbeitswilligen"-fang gehabt. Wieder sie herangeholt haben, ist noch nicht gefestigt worden; jedenfalls bedeutet es nicht mehr als einen Tropfen auf einen heißen Stein. Für die Unternehmer ist es natürlich Unlos genug, mit allen Glücksritter läutern zu lassen. Dieser Unlos läßt uns äußerst fass. Wir wissen ebenso gut wie die Unternehmer, daß ihr Bedarf an Arbeitskräften noch lange nicht gedeckt ist und, solange der Streik noch andauert, auch nicht gedeckt werden kann. In der am 31. Juli abgehaltenen Versammlung des Verbandes der Baugewerbe wurden über die Streikbrecher folgende Angaben gemacht:

Maurer	Baumeister
Zuländische Streikbrecher 1298.	Streikbrecher im Lohn 425
Zuländische 288	Alford 84
Affordmäuer 2760	Summa 509
Summa 4291	

Wie diese Zahlen der Wirklichkeit standhalten, läßt sich ohne feste Unterlagen, die für diesen Termin fehlen, nicht

sagen. Am 24. Juli zählte unsere Organisation 3245 Streikbrecher im Maurergewerbe und zu derselben Zeit lagen noch 311 Bauten vollständig still. Neptun wir an, die von den Unternehmern angegebenen Zahlen seien richtig, so hätten sie rund 1050 Streikbrecher seitdem gewonnen. Auf jedem der stillliegenden Bauten würden dann ganze 3 bis 4 Maurer kommen. Die Herren um Heuer und Wahl werden zugeben, daß das nicht gerade sehr imponieren ist. Aber auch das ist den Unternehmern nicht möglich, denn die oben angeführten 3245 Streikbrecher verteilen sich auf 573 Bauten, es war also jeder mit 5 bis 6 Maurern, bestellt. Die neu gewonnenen Streikbrecher reichen also noch nicht einmal aus, um die bisher betriebenen Bauten vollständig zu befreien.

Die harten Tatsache, die wir auf Grund der eignen

Angabe der Unternehmer feststellen, wirkt es etwas

unfair, wenn die Unternehmer in einer Resolution kündeln, die

Bemühungen zur Herstellung von Arbeitswilligen seien

noch jeder Richtung hin erfolglos gewesen. Mögen die Unternehmer immerhin auf ihren Tagungen den Mund voll nehmen, davon allein wird noch kein einziger Biegel vermauert; wenn

sie sich die Sache in Ruhe überlegen, wird ihre Gewissensbisse

etwas anders sein. Wir verstehen ihre Freudenfeier, gemäß

dem Wortes, die Klappern zum Handwerk gehört. Schließlich

möchte man doch aber von einem Manne wie Herrn Wahl etwas

mehr erwarten als eine solche Naivität, wie sie sich in folgenden

Sätzen seiner Rede offenbart:

"Ferner hat die Zentralorganisation der Maurer Deutschlands eine besondere Umfrage für ihre Mitglieder auf zehn

Wochen ausgeführt, die selbstverständlich nicht mit dem

gleichen Kampf begründet wurde."

Es sind das Maßregeln, die im Verein mit dem sich hartnäckig erhaltenen Gerücht von der Ebbe in der Streik-

flasche bedeutsam und berechtigt zu denken geben,

und aus den der Eingabe keine Folgerungen ziehen muß.

Ein Mann wie Wahl sollte doch eigentlich auf derartige

Mäßigkeiten verzichten; daß er es nicht tut, ist auch bedeutsam und berechtigt zu denken", daß bei ihm alle Dinge zum guten dienen müssen.

Von der "Baugewerks-Zeitung" liegt eine Neuflug vor, um die es schade wäre, wenn sie ganz unberachtet im Dunkel verschwinden:

"Die Forderungen der Maurer und Zimmerer waren ja

aber auch so frivol, daß sie nicht wohl auf eine Ablaufnahme bei den Arbeitgebern rechnen durften und auch keine Unterstützung bei dem Publikum gefunden haben. Sie wollten die neunstündige

Arbeitszeit auf acht Stunden herabsetzen bei entsprechender

Stundengehaltsverhöhung. Die sozialdemokratischen Organisationen

wollten eben eine Kraftprobe liefern, weil sie so viel Geld —

man spricht von zwei Millionen allein für Berlin — ange-

hauptet hatten. Diese Kasse dürfte nur wohl etwas leer geworden sein. Später, als die Streikenden haben, daß sie den

Acht-Stunden-Tag nicht durchsetzen würden, proklamierten

sie achtstündige Arbeitszeit, in der sichere Hoffnung,

daß daraus in baldiger Zeit doch die achtstündige Arbeitszeit werden müsse. Aber auch dieser Schadtag, darf im

weiteren als verloren gelten, denn wenn auch eine einzige

kleine Baugewerbe die achtstündige Arbeitszeit vorbereitend angenommen hat, so ist doch die kompakte Menge der

größeren und größeren Baugewerbe trotz vieler Verluste nicht

darauf eingegangen.

Einwas aber, was sehr wichtig für die

Berliner Bauarbeit ist, hat sich herausgebildet, das ist der

Übergang zur Altarbeitszeit, der von sozialdemokratischer Seite

früher so sehr befürwortet worden ist, weil dadurch zu viel Arbeit

getilgt und die Zahl der Arbeiter geringer wird. Ein Afford-

mäuer-leistet zweit, bis dreimal so viel Arbeit als der Arbeiter

im Stundentag und verdient dadurch ja auch entsprechend

mehr, was ihm zu zahlen ist. Verarbeitet der Affordmäuer

etwa 300 Steine am Tage, so bringt es der Affordmäuer auf

1000 und mehr, ein Sag, wie er vor 30 Jahren gewöhnlich

war. Damals rechnete man die Arbeitsleistung eines Maurers

auf durchschnittlich 800 Maurersteine.

Die Kabinettstischl mäßten die Forderungen allein auf sich wirken lassen, jede Kritik wäre ein großes Unrecht. Zum Schlus-

se noch mal: allen Kollegen dringen dringend an

herz gelegt, auf alle Leute ein wachsame

Auge zu haben, die Männer usw. anwerben.

Wo es sich um Anwerbungen nach Berlin

oder der anderen Streikfronten handelt, müssen alle

Leute zurückzuhalten.

Gau Cöln. Über den Streik in Dellbrück, Zweigverein Cöln, wird berichtet: Am 27. Juli wurde

beschlossen, am 29. Juli in den Streik einzutreten. Den

Unternehmern waren die Bünzige der Kollegen bereits im

Monat Juni unterbreitet.

Es handelt sich hier um die

Einführung des Cöln-Wülheimer Arbeitsvertrages für das

Baugewerbe. Eine Antwort wurde bis zum 6. Juli erbeten.

Die Unternehmer liefern das Schreiben unbeantwortet.

Wir ein Unternehmen leitete uns mit, daß er die

Forderungen ablehne. Hierauf wurde die Vertretung der

Kollegen bei sämtlichen Unternehmern vorstellig, um per-

sonlich mit ihnen über die Sache zu reden. Nach dieser

Besprechung ließen die Unternehmer eine Zusammenkunft

auf, worauf am 19. Juli folgendes Schriftstück einfiel: "An den Vorstand der freien Gewerkschaften der Maurer und Hölzlarbeiter in Cöln. Als Resultat der Besprechung teilen wir Ihnen mit, daß die heutige Geschäftslage uns

schwierigkeiten macht, doch wir Ihnen an derzeit bestellten

Forderungen willigst nicht bewilligen können. Sollte sich

im Frühjahr die Lage bessern, sind wir bereit, weiter zu

verhandeln. Wir bemerken noch, daß die Arbeiter in-

zwischen bestellt sein müssen, das Unternehmen während der

Arbeitszeit zu unterlassen. Sollte die jetzt bestehende Agi-

tion von Bau zu Bau während der Arbeitszeit in Zukunft

nicht unterbleiben, so müssen wir auch im fünfzigen

Frühjahr jede weitere Verhandlung ablehnen. Dieses ist

Sache der Verhandlung. Achtungsvoll (folgen fünf Unter-

schriften)." Mit diesem Schreiben beschäftigte sich eine Ver-

sammlung der Kollegen. Die Kollegen waren der Meinung,

daß sie unter der "schwierigen Geschäftslage" der Unter-

nehmer nicht länger zu leiden brauchten. Es ist nicht die

Schuld unserer Kollegen, wenn sich die Unternehmer in

Dellbrück in geschäftlicher Beziehung nicht einig sind. Dies

mäßliche Konkurrenzbeziehungen der Dellbrücker Unternehmer

hat wesentlich darin seine Ursache, daß eine zu große Diffe-

renz in den am Orte bezahlten Löhnen herrscht. Dieser

Lebensstand kann aber zum guten Teil dadurch befeitigt werden, daß man den Wünschen unserer Kollegen nach

in heilichen Verhältnissen Rechnung trägt. — Wenn sich im Frühjahr die Lage bessert und das Agieren auf der Baustelle aufhört, dann sind die Unternehmer bereit, weiter zu verhandeln" — so heißt es

in dem Schriftstück weiter. Daß die Anforderungen an

die Arbeiter auch in der nicht so günstigen Konjunktur

mindestens dieselben sind, wie in der flotten Periode, das

verläßt die Unternehmer wohlweislich. Was in

Dellbrück, Kupferberg, Manfort, Salebusch usw. auf fried-

lichem Wege möglich war, kann in Dellbrück nicht un-

möglich sein; hier sind die Verhältnisse nicht anders als dort. Die Kollegen wissen genau, daß nur

eine geschlossene Organisation in der Lage ist, in wirt-

schäflicher Beziehung Verbesserungen zu verhandeln, und

da ist es Pflicht eines jeden Kollegen, daß er für diese Ge-

schlossenheit agiert. Wenn dann die Pausen während der

Arbeit ausgefüllt werden, so können daran, daß der meiste

Arbeiter von denen getrennt wird, die den Unternehmern

besonders nahe stehen, ja mit ihnen direkt verbunden sind,

und deswegen auch nicht für die Organisation zu haben sind. Diese Leute sind es auch, die um ihre Bedürfnisse

auf diesem Gebiete befriedigen zu können, häufig Montags und

Dienstag, "bläumachen". Ferner fördern die Unter-

nehmer den Schnapskonzern selbst, weil sie den Leuten den

Schnaps zu einer zweitweite spendieren, wenn dies der

Arbeitszeit zu einer bestimmten Zeit fertiggestellt wird.

Die Arbeitseinstellung am Montag, den 29. Juli, war

ziemlich einheitlich. Wahl sind einige Verwandte der

Unternehmer hängen geblieben, aber auch von diesen Leuten

ist zu erwarten, daß sie sich dennoch auf ihre Solidaritäts-

pflicht bestimmt werden. Sie werden sich ja sagen

können, daß sie, wenn sie jetzt Streikbrecher sind, auch nach

der Bewegung allein arbeiten müssen; denn von solchen

Leuten werden sich jeder ehrliche Mensch mit einer gewissen Abscheu abwenden. Die Unternehmer haben auch

die Arbeit verhindern, indem sie das sozialistische Geheim-

zusammenkommen genommen haben. Die Leute zogen aber sofort

wieder ab, als sie über die Verhältnisse informiert wurden.

Jetzt drohen die Unternehmer damit, daß sie Christliche und Italiener heranziehen werden. Ob sie damit Glück

haben werden, wird die Zukunft lehren. Unsere Kollegen

sehen der Sache mit Ruhe entgegen.

In Grefeld ist aus der parteilichen Bewegung eine Aus-

sperrung geworden. Von uns waren fünf Firmen gesperrt. Die

Unternehmer haben daraufhin auf den Bauten Arbeitsbedingungen

an Unterstift zulassen lassen, wonach sich jeder Maurer ver-

pflichtet, bis zum 1. April 1908 für 55 L. zu arbeiten und sich

auch nach Weihnachten des Unternehmers verzichten zu lassen. Die

Unternehmer haben nur wenige Unterstift erhalten. Alle

Maurer und Bauarbeiter, die die Unterstift verweigerten,

wurden darauf entlassen. Die Bewegung wird bestimmt

von Christlichen gemeinsam geführt. Bis jetzt sind von uns

Organisation 152 Kollegen ausgesperrt, wovon jedoch

63 unter 8 Unternehmern sind, darunter 54, sonst untergebrach-

ten. Auf 42 Kollegen. Auf 8 Neubauten, 2 Fabrikgebäuden, 4 Bahnh-

fliehungen und 9 Umbauten arbeiten 33 Polizei, 42 Geheil-

ling, 20 Lehrlinge und 51 Bauarbeiter als Streikbrecher, wozu jedoch

benötigt werden muss, daß von den Polizisten die Hälfte organisiert

ist und von uns Glaubens zur Arbeit hat.

Gau Erfurt. Auch diese Woche hat noch keine wesentliche Veränderung in der Erfurter Lohnbewegung gebracht.

Es läßt auch nichts darauf schließen, daß an einer baldige Be-

endigung des Kampfes zu denken sei. Die Unternehmer sind

hier nach wie vor stark dabei, mit Hilfe der Polizei "Arbeits-

willige" heranzuführen, jedenfalls ohne den erhofften Erfolg.

Nach dem Verhältnis der Unternehmer zu solchen, müssen die

herangeführten "Arbeitswilligen" noch nicht genügen, die an-

geforderten Bauten zu einem schnellen Witterung unter Dach zu bringen. In einer außerordentlichen Sitzung hat der Vor-

stand des Thüringischen Bezirks-Arbeitsgeberverbandes für das

Baugewerbe, in der außer den direkt beteiligten Werkstätten, fähmischen angehörigen Werkstätten, erschienen

Vertreter, sämtliche angeschlossene Werkstätten, erschienen

Es wurden gezählt auf 89 Neubauten und einem Umbau: 29 Polizei, 184 Maurer, 161 Lehrlinge und 291 Bauarbeiter einschließlich 190 Italiener. Zu den neuen Bedingungen arbeiten auf acht Neu- und Tiefbauten: 2 Polizei, 39 Gesellen, 2 Lehrlinge und 30 Arbeiter. Dazu ist zu bemerken, daß in der vergangenen Woche wieder zwei Geschäfte die Forderung anerkannt haben. Das die Streitenden sich nur erlauben, den Kampf weiterzuführen, obgleich die arbeitswilligen Italiener an Zahl zugemessen haben, scheint den Herren gar nicht zu behagen, zumal ein Antrag auf Aufhebung des Kampfes in der am 29. Juli abgehaltenen Verhandlung einstimmig abgelehnt worden ist, und auch die Polizei ein mahnvolles Verbot gegen die Streitenden angenommen hat. Daher verhält man gegen die Arbeiter aufzuhören, und anderthalb Monate vorher waren die Italiener doppelt so hoch angegeben, werden als sie in Wirklichkeit sind. Aber trotzdem werden die Streitenden aushalten in dem Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Gau Dortmund. Die Fliesenlegerfirma Lohmühl & Vorherr in Gesellen ist auf der Seite Deutscher Kaiser größere Arbeiten übernommen, die sie unter Aufsichtstellung der konservativen Verhandlungsfürsäte gestellt. Die Gesellenfirma Gesellen haben daraufhin die Sperrre über die Firma verhängt und erwarten, daß alle Fliesenleger Solidarität übernehmen, um diesen Herren endlich einmal ihre Nüchtern auszutreiben.

Gau Görlitz. Der Streit in Müllau dauer nun bereits in die fünfte Woche und sein Ende ist noch nicht absehbar. Die Situation scheint sich im Gegenteil durch den prologischen Widerstand einzelner Unternehmer verschärft zu wollen. Als erster Schriftsteller in dieser Beziehung steht sich besonders der Maurermeister Stülpnagel herbor, den Mut dazu geben ihm die nüchternen Elemente. Bei ihm arbeiten nämlich fast alle die für den Streit in Betracht kommenden Streitbrecher; er ist der einzige Unternehmer, dessen Betrieb unter dem Streit am wenigsten zu leiden hat. Es gehört gewiß kein besonderer Mut dazu, sich unter solchen Umständen als Obercharfmacher gegen die Gesellen und gegen seine im stärkeren Druck als er selbst sich befindenden Kollegen aufzuspielen. Donnerstag, den 1. August, kam eine Verhandlung mit den Lohnkommissionen zu stande, an der auch der Gauvorstand teilnahm; und Herr Stülpnagel war anwesend, verließ aber kurz vor Beginn der Verhandlung das Hotel. In dieser Verhandlung machten die Unternehmer folgende Vorhöpfe: daß die unter den früheren Lohnföhren abgeschlossenen Bauverträge bis zu ihrer Fertigstellung, was in etwa drei bis vier Wochen der Fall sein würde, 40,- S. Stundenlohn und dann 42,- S. Stundenlohn zu zahlen. Gegen die Einführung der zehnfindigen Arbeitszeit hatte man nichts einzubringen. Dieses Angebot bezüglich des Lohnes wurde in einer darauf folgenden Mitgliederversammlung abgelehnt und befohlen, die Arbeit nur aufzunehmen, wenn sofort 42,- S. Stundenlohn gezahlt würden. Am 3. August fand nun wieder eine Verhandlung mit den Unternehmern statt, an der diesmal aber die Schriftmäderlemente aus dem Lager der Unternehmer teilnahmen. Der erste Verhandlungsrat brachte den Abschluß des Vertreters des Gauvorstandes der Verhandlung. Wir brauchen keinen Fremden hier zu sein. Dann wurde alles abgestritten bezüglich dessen, was in der vorherigen Verhandlung zugesagt wurde. Angeboten wurden von den Unternehmern diesmal nur 40,- S. für dieses Jahr und 41,- S. für nächstes Jahr. Dieses Resultat der Verhandlung läßt das Wirken der Schriftmäder klar erkennen. Unter solchen Umständen muß der Streit weitergeführt werden. Die Kollegen sind guten Mutes; sie können es auch, denn sie sind alle bis aufs Blut Mann, die die Streitkontrolle über, in guter, außerhalb des Streitgebiets befindlicher Arbeit. Sie halten aus.

Gau Hamburg. Flensburg. Nach ungefähr zwölfwöchiger Dauer ist der Streit beendet worden. Nach Lage der Sache war ein augenblicklicher Erfolg nicht mehr zu erwarten. Es wird sich mancher Kollege verummt haben, wie dieses eintreten konnte, da doch die Situation augerst günstig für die Streitenden war. „Arbeitswillige“ an den Reihen unserer Kollegen waren nicht vorhanden. Es trafen in den letzten Wochen zwar 30 Italiener ein, aber wir wissen ja aus Erfahrung, daß diese Elemente mehr Schaden als Nutzen bringen. Aber ausdrücklich dafür, daß der Streit beendet werden mußte, waren sowohl das vorliegende Gewerbeamt als auch das Landgerichtsurteil, die die Zwangsumstimmung gegen uns zu stande brachte. Aus diesen Urteilen geht unzweifelhaft her vor, daß die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen zwischen Zinnung und Gesellen als ein Vertrag im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches angesehen wurden, obwohl in anderen Fällen regelrecht abgeschlossene Tarifverträge zwischen Unternehmern und Arbeitnehmer nicht als rechtssicher angesehen wurden, d. h. in jenen Fällen handelt es sich dann auch um die Interessen der Unternehmer. Wir müssten uns nun aber sagen, daß wir auf das reagieren, die Urteile der Rechtsinstanz nicht warten konnten mit dem Streit, da ja nicht vorauszusehen ist, wann die Urteile gefaßt werden, anderthalb mit es jedem einleuchten, daß nun, wo die Zinnung von zwei Gerichtshöfen Recht bekam, unter keinen Umständen daran zu denken war, die Majorität der Zinnung für eine sofortige Lohnherabsetzung zu gewinnen. Und streiten, nur um zu streiten, hat ja keinen Zweck; denn gerade die Flensburger Kollegen wissen aus Erfahrung, wie deprimierend lange Streits wirken und das heisst, kurz Schiefe auslösen besser wirken. Von den Zimmermeistern ist die Auspaltung zwar aufgehoben, jedoch haben die Zimmerer, die alle auswärts arbeiten, bis dato noch keine Stellung dazu genommen. Hieraus geht her vor, daß, obwohl der Streit aufgehoben, Zugzug noch nicht erwünscht ist, da man immer noch nicht wissen kann, was aus der Gesellschaft herausbringen wird.

Gau Schleswig ist der Streit der Maurer und Bauarbeiter beendet. Am 29. Juli haben wieder Verhandlungen mit den Unternehmern stattgefunden, die nunmehr zu einer Einigung geführt haben. Die Unternehmer zahlen vom 1. Januar 1908 an pro Stunde 2,- S. mehr und vom 1. April 1908 an noch 1,- S. mehr. Die Abmachungen sollen bis zum 1. April 1909 Gültigkeit haben. Die Arbeit ist am 30. Juli in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

Gau Leipzig. Der Stand der Bewegung in Chemnitz ist folgender: Am Orte sind noch 52 Streitenden zu

unterstehen, 485 arbeiten zu neuen Bedingungen, 452 Gesellen, 85 Polizei und 126 Lehrlinge arbeiten zu alten Bedingungen. Wir haben immer noch keine Ursache, zu Kreuze zu tragen, da noch rund 800 Chemnitzer Kollegen auswärts in Arbeit stehen und die Arbeitswilligen zum großen Teil sich aus Leuten rekrutieren, die nicht Maurer gelernt haben und nur deshalb als „Arbeitswillige“ gelten, weil sie in Friedenszeiten überhaupt nicht groß beschäftigt werden. Weiter wurde der Bericht des Arbeitgeberverbandes verlesen, der in den bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht wurde und folgenden Wortlaut hat: Die am Montag im Victoria-Hotel hier abgehaltene Versammlung des Arbeitgeberverbandes (F. B.) hat beschlossen, die abwartende Stellung auch fernher beizubehalten, jedoch auf das neuher von der Arbeitgeberorganisation gemachte Anwirken, in Verhandlungen einzutreten, unter der Vorausestellung einzugehen, daß die genannte Organisation ihr in Aussicht gestelltes Entgegenkommen schriftlich an, den Arbeitgeberverband betätigt. Maßgebend für den Beschluß ist der Umstand gewesen, daß nahezu 3000 Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer und Handarbeiter, zu den seitherigen Bedingungen arbeiten. Daß diese Zahl zu gering ist, ist nun geblieben; her vor, daß in Chemnitz zu Friedenszeiten überhaupt nur circa 3000 Bauarbeiter Maurer, Zimmerer und Bauhülfarbeiter beschäftigt werden. Daß die Unternehmer noch Leute brauchen, zu notwendig brauchen, beweist auch, daß sie jetzt an die Arbeiter Briefe schreiben und in bürgerlichen Zeitungen überall Leute suchen. Ein sehr alter Brief lautet:

Chemnitz, den 27. Juli 1907.

Herrn Maurer ... hier.

Wenn sie in nächster Zeit wieder bei uns arbeiten wollen, bitten wir um baldige Anmeldung in unserem Gegebenheit

Carl Biebel Nachf.
Baumeister.

Die Streitleitung hat sich mit dem Arbeitgeberverband nochmals in Verbindung gesetzt. Am 18. Juli ist folgendes Schreiben an ihn abgegeben worden: „An den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (F. B.), zu Händen des Herrn Baumeister Heidrich hier. Die Verhandlungen unter Vorst. des Gewerbeberichters Herrn Dr. Kraetner haben zu keiner Einigung geführt. Die Vertreter der unterzeichneten Gewerkschaften erlauben sich, Ihnen höchst mitzuteilen, daß sie nach wie vor bereit sind, wegen Beilegung der Differenzen mit dem Arbeitgeberverband in mindliche Verhandlung einzutreten und jenen dementsprechenden Mittel einzutragen. Hochachtungsvoll Mag. Dr. Heidrich, Zimmer, Otto Bachmann, Maurer, Arthur Großheim, Bauhülfarbeiter.“ Hierauf ist folgende Antwort eingegangen: „Herrn Maurer Bachmann, hier. Wir bestätigen den Eingang Ihres vorher Schreibens vom 19. d. M. und erwarten ergebnist, daß der Arbeitgeberverband auf förmlichem Wege in Verhandlungen einzutreten bereit ist und steht derzeit eine fälligen schriftlichen Erklärung entgegen, die dem diesseitigen Verband kennzeichnet, welches Entgegenkommen Sie anbieten wollen, um uns unfeierlich über das Angebot zuer zu können. Hochachtungsvoll Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Chemnitz (F. B.). Heidrich, Vorstand.“ Dem Arbeitgeberverband sind hierauf nochmals unsere Einigungsvorschläge zugesandt worden. Diese lauten: „Bei Aufnahme der Arbeit 47,- S. bei zehnhalbstündiger Arbeitszeit vom 1. August an 48,- S. und nächstes Jahr 50,- S. Stundenlohn zu zahlen. Der Zuschlag für die Baustelle. Der Auftrag, den 2. August, findet eine Befassung der Arbeitgeber statt. Wie werden Sie uns entgegenkommen?“

Gau Magdeburg. Von den Kästenbauten in Quedlinburg sind die Bauten des Herrn Rudolf v. d. Bödker gegeben, da er sich nicht dazu aufzuhören kann, nach dem Tarif zu zahlen. Der Zugzug nach Quedlinburg hat deswegen bis zur Erledigung der Differenzen zu unterbleiben.

Gau Nürnberg. In Selb ist es der Baufirma Jäger & Werner gelungen, einen Netter in der Not zu finden. Ein italienischer Kolonialführer, der sich schon seit längerer Zeit in Hof aufhält, hat den Neubau der Firma in Hof übernommen und mit 17 Italienern die Arbeit aufzunehmen. An die Leute heranzutun, ist nicht gut möglich, zumal sie angeblich Deutlich nicht verstehen und sprechen können. Zu ihren anderen Arbeiten will sich die Firma von anderen Unternehmern, die unsere Forderungen bewilligt haben, Arbeiter ausborgen, woselbst unsere Kollegen beschlossen, daß sich keiner auf diese Weise verborgen läßt. Die Arbeitszeit und Lohnzahltung hält die Firma zwar ein, aber die Zuschläge für Überlandarbeit erscheinen ihr zu hoch. Besonders unsere böhmischen Kollegen wollen dem Herrn Jäger nicht mehr recht gefallen, und wohl deshalb nicht, weil sie sich organisiert und sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärt haben. Der gebildete Herr Jäger sich in ganz ungebildeter Art und Weise über unsere böhmischen Kollegen aus; er sprach von böhmischen Laffen, die keine Maurer wären usw. Unsere böhmischen Kollegen werden deshalb um so mehr Veranlassung haben, diese Worte nicht mehr zu hören, sondern auch später zu meiden.

In Weissenburg i. B. hat sich die Lohnherabsetzung dadurch erledigt, daß sich unsere Kollegen mit einer teilweise kleinen Lohnherabsetzung zufrieden gaben resp. wegen der allzu großen Gleichgültigkeit, die unter den dortigen Kollegen herrscht, den Unternehmern die entsprechende Antwort auf ihr probotierendes Verhalten nicht geben konnten. Das Gewerbeamt als Einigungsbund lehnt die „liberalen“ Gedanken ab, jedenfalls in dem berechtigten Gedanken, diese Maurer würden es auf einen Kampf doch nicht ankommen lassen. Aber ein solches Verhalten der Herren Lang und Konforten wird und muß dazu beitragen, den Stumpfstein der Weissenburger Bauarbeiterchaft zu brechen. Eine Anzahl von Kollegen hat sich aber gelöst, in Nürnberg und anderen Orten Arbeit zu übernehmen und die Weissenburger Bauunternehmer mit ihren lieben Schmärogerzergen allein zu lassen.

Gau Ostpreußen (Danzig). Die Lohnbewegung in Boppo, die mit dem christlichen Verbande gemeinsam geführt wird, ist in ein neues Stadium eingetreten. Gefordert wird ein Stundenlohn von 62,- S. für Maurer und Zimmerer und 88,- S.

für Bauhülfarbeiter. Nach vielen Verhandlungen glaubten die Unternehmer, diese Forderung nicht bewilligen zu können, und sparten am 28. Juni sämtliche Bauarbeiter aus. Hauptfachlich drehte sich der Streit um die Bauhülfarbeiter, denen die Unternehmer 31 bis 35,- S. geben wollten, während diese 2,- S. ablehnen, dann aber auf 36,- S. bestanden. Ferner sollte die bisher gewährte eine halbe Stunde, die an Sonnabenden früher verabredet geworden war, für die Zukunft wegfallen. Die Unternehmer glaubten, daß die Zeit für eine Aussperrung unsicher genug sei, als die Bauhülfarbeiter erheblich eingeschränkt wird. Sie erklärten, die Arbeiten so lange ruhen lassen zu wollen, bis ein neuer Vertrag abgeschlossen sei. Von Gedanken scheinen sie aber durch den Gang der Dinge abgelenkt zu sein; denn in der Verhandlung am 26. Juli erklärten sie, die Aussperrung aufzubeben zu wollen. Weitere Aussperrungen machten sie jedoch nicht und die Arbeiter beharrten ebenfalls auf ihrem Standpunkt. Jetzt suchen die Unternehmer in allen Zeitungen Maurer für 54,- S., Zimmerer für 52,- S. und Bauhülfarbeiter für 32,- 36,- S. Stundenlohn. Außerdem stellen sie Winterlöhne in Aussicht.

Der Unternehmer dieser Zeit nicht gelingt, ist nun die Aufgabe der Kollegen Ost und Westpreußen. Der Kampf wird so lange geführt werden, bis die Unternehmer nachgeben und die beabsichtigten Forderungen der Arbeiter bewilligen. Wenn sie jetzt schon während der Baizeit gezwungen waren, die Aussperrung aufzubeben, dann wird sich das Kampfesblut später, wo die Bauhülfarbeiter wieder lebhafter wird, noch mehr zu ihren Ungunsten verschieben. Da davon mehrere Kollegen auf die vorstehenden Aussführungen genau zu beachten.

Gau Stuttgart. Bei dem Unternehmer K. Schell in Ludwigsburg haben die Maurer die Arbeit niedergelegt aus folgendem Anlaß: Schell hat in der Salzstraße vier Staatsbauten auszuführen. In drei befinden sich die Maurerarbeit in Unterstorf vergeben. Den am Ort beschäftigten Maurern ist es bekannt, daß wiederholt Kollegen durch solche Auffordungen ihren Lohn einbüßen und daß vor Gericht bei diesen Stachmännern nichts zu holen ist, weshalb Vorsicht geboten erscheint. In einer Bezeichnung der Maurer des genannten Geschäftes beschlossen die Kollegen, sich rechtzeitig vor Schaden zu schützen. Die Organisationsleitung wurde beauftragt, mit Herrn Schell Müßsprache zu nehmen, um diese und andere Missstände im Geschäft zu beheben. Mit schönen Worten, wie „Geben“ „Bauen“ usw., verabschiedet der „gebildete“ Unternehmer dem Beauftragten die Baustelle. Dadurch war eine Einigung unmöglich. Den Arbeitern gegenüber äußerte der Herr sich ebenfalls in nicht lobaler Weise: „Ich muß auch verhalten“, „Wem's nicht passt, nichts wie naus zum Geschäft!“ Einmütig verließen die Kollegen die Baustelle, sodann wurde über das Geschäft die Sperrre verhängt. Wie rücksichtig die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Ludwigsburg sind, ist aus den Löhnen schon ersichtlich. Diese Schwanken zwischen 35. und 45,- S. pro Stunde.

Es sind diese Missstände, die bloß in einer Gegend zu treten sind, wo die Kollegen größtenteils ihrer Organisation fernstehen. Die Kollegen haben vor zwei Jahren einen Antrag gestellt, daß es einem auswärtigen Unternehmer möglich war, in Ludwigsburg 42,- 50,- S. Stundenlohn zu bezahlen. Hätten die Maurer in der Umgegend damals dem Anlaß der Organisation folgen, gelebt, ohne große Mühe wäre es möglich gewesen, jenes Lohnverhältnis auf allen Baustellen durchzuführen. Offenbarlich sind die unorganisierten Maurer in Alpirsbach, Eglosheim usw. bereits durch Schaden Zugewandert. Wir möchten ihnen raten, sich zu einigen; nur durch Zusammenschluß in der Berufsorganisation, im Centralverband der Maurer Deutschlands, wird es gelingen, die veralteten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in zeitgemäße umzuwandeln.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender für das Jahr 1908 gelangt Anfang September zur Ausgabe. Der Preis beträgt wie in den Vorjahren 50,- S. Bestellungen sind in den nächsten Wochen zu machen, damit wir die Ausgabe bestimmen können.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Ausübung des Verbandsvorstandes ausgeschüttet werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreden: a) das Mitgliedschafts des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszubezahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 29. Juli bis 3. August für folgende Mitglieder erteilt:

- Wihl. Schult-Pflan. i. M. (Frau), 114 825; aus Wolf-Dresden (Frau), 134 243; Aug. Barstess-Tülli (Frau), 284 136; Fr. Sohn-Plant-Darmstadt, 159 123; Wihl. Grieche-Berlin (Frau), 11 723; Wihl. Merle-Karlsruhe (Frau), 188 694; R. Schwarzbürg-er-Leipzig (Frau), 36 611; C. Becker-Bremen, 115 818; Aug. Schwab-Lüdenscheid, 95 858; Wihl. Heinemann-S. Johann (Frau), 98 254; Gottl. Griebe-Berlin, 93 680; Aug. Gries-Gutten (Frau), 67 829; Fr. Höhlein-Münster, 204 009; Louis Sanger-Arolpa, 281 730; Wihl. Begeer-Berlin, 7270; Fr. Nettelebach-Hamburg, 29 539; Herm. Samann-Görlitz, 240 067; Wihl. Lippold-Leipzig, 71 662; Chr. Västborn-Quedlinburg (Frau), 95 719; Wihl. Eng. Regensburg, 228 474; Fr. Hirschberger-München, 88 428; Fr. Straub-S. Johann, 295 553; Herm. Stark-Bautzen, 244 365.

Geldsendungen für die Hauptstädte sind nur an den Reichstags-Abgeordneten, Hamburg 1, zu leisten. Die abreisende Verabredung ist auf dem Postabzettel anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

Am 29. Juli bis 4. August 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) für Beiträge und Eintrittsgelder,
Lübeck M. 358,27; Mohr i. Th. 229,59; Alsfeld 105,20; Neustadt i. M. 18,05; Hürtenberg i. M. 18,80; Wernigerode 16,40.

holt sind Verbesserungen vorgenommen, die den Kalender uns allen wieder lieb und wert machen. Mit dem Druck wird in kürzer Zeit begonnen werden. Da aber vorher die Höhe der Auslage festgestellt werden muss, so ist es nun Zeit, zu bestellen. Die Zahlstellen und Zweigvereine müssen nun durch Auslegen von Listen oder, wie sie es sonst machen wollen, die Delegierten sammeln und feststellen und danach ihren Bedarf beim Verbandsvorstand anmelden. Der Preis wird wieder wie früher 50 & betragen, trotz der Verbesserungen soll keine Versteuerung eintreten, was nur begründet werden kann, denn es soll schließlich jeder Kollege in der Lage sein, einen Maurerfalen zu kaufen zu können.

Also nun los mit den Bestellungen, wer einen Kalender haben will!

Was sieht du aber den Splitter?

Die "Westdeutsche Post", ein in Düsseldorf erscheinendes Kirchendienstliches Wochenblatt, schreibt aus Würzburg am 1. d. R.

Das Mitglied B. Mania vom (h.d.) Gewerbeverein der Bauhandwerker trat am 4. Juli bei der Firma Möllerburg & Sohn in Arbeit und wurde auf einem Neubau in der Garbersstraße beschäftigt. Auf diesem Bau arbeiteten auch einige im christlichen Verbande organisierte Arbeiter. Von diesen wurde Mania zunächst bedankt, der christlichen Organisation beizutreten; als aber alles Audeben nichts half, da griffen sie zu anderen Mitteln. Fortgesetzt wurde er bestimmt und derartig schikaniert, dass ihm nichts anderes übrig blieb, als am 19. Juli die Arbeitsstätte zu verlassen. Besonders der Schriftführer, der christlichen Organisation tat sich bei diesem terroristischen Treiben herüber.

Das Hirschblatt meint dazu:

Das sind ja nette Christen, die derartige Schändlungen begehen; nennen sich Christen und treten die Lehre des Christentums fortgelebt mit Füßen. Wo nehmen diese Deute übrigens die Berechtigung her, in ihren Organisationen ständig über den Terrorismus der freien Gewerkschaften zu schimpfen? Sind doch sie dochhaar besser als diese?

Die Kirchendienstlichen sind nun allerdings die allerleiteten, die sich als Sittenrichter aufspielen können. In ihrer Kritik des christlichen Terrors zeigen sie sich als ebenso große Heuchler wie die, gegen die sich ihre Kritik richtet.

Berlin. Freitag, den 20. Juli, tagte eine gut besuchte Generalversammlung der Sektion der Cips- und Beamen in Frankfurter Straße vom zweiten Quartal; danach beträgt die Einnahme $\text{M} 38.861,96$ infolge des alten Bestandes von $\text{M} 16.173,06$, die Ausgabe betrug $\text{M} 19.077,46$, bleibt ein Bestand der Rosafasse am Schluss des Quartals von $\text{M} 18.884,50$. Von den Ausgaben sind $\text{M} 8125,97$ solche der Rosafasse; $\text{M} 16.809,39$ sind an den Zweigverein Berlin abgeführt. Auf Antrag der Rosafasse wurde der Kassierer für die Quartalsabrechnung einstimmig entlastet. Eine Abrechnung über die Ausgaben an Unterstützung der durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen kann erst nach Beendigung des Kampfes gegeben werden. Bis zum Schluss des Quartals betrug die Summe, die an Unterstützung ausbezahlt wurde $\text{M} 70.290,20$. An Streitbeiträgen sind $\text{M} 15.632,50$ eingegangen. Betreffend die Bezahlung der Streitbeiträge wurde beschlossen, dass alle Kollegen, die in einem anderen Beruf gearbeitet haben, arbeitslos werden und eine Strafkarte erhalten, verpflichtet sind, die Streitbeiträge zu entrichten. Ebenfalls müssen die Kollegen, die vor einer Berliner Firma nach außenhalb geschieden werden, sich nicht abmelden, also Mitglied der Sektion bleiben, die Streitbeiträge zu bezahlen. Die Mitgliederzahl betrug am Schluss des zweiten Quartals 2554. Von den Mitgliedern sind Rabipuher 745, Rabippanner 471, Bemitterer 366, Einschaler 388, Buertrager 228 und Hilfsarbeiter 358. 2128 Mitglieder hatten keine Beitragskündigung, 428 solche von einer bis neun Wochen. Wegen rückläufiger Beiträge mussten gestrichen werden 181 Mitglieder, neu eingetreten sind 80, angemeldet 71, abgezogen 70, ausgetreten 27, ausgeschlossen 1, und gestorben sind 10 Kollegen. Die Namen der verstorbenen Kollegen sind: Hugo Heinrich Kraemer, Ernst Klem, Gustav Walter, Rudolf Lamprecht und Ernst Bueloh, der Rabippanner August Lindenberg, der Einschaler Franz Ehme und der Hilfsarbeiter Wilhelm Wölf, Franz Kühn und Fritz Wiegert. Das Andenken der verstorbenen Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf gab der Vorsitzende, Kollege Haege, einen Situationsbericht, über den augenblicklichen Stand der Lohnbewegung, sowie über die Zahl der durch den Kampf im Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen. Gleichzeitig gab er das Ergebnis der am 12. und 13. Juli vorgenommenen Baumentfertigungsverhandlungen der Zweigvereine der Sektion der Cips- und Beamen auf. Es führte aus, dass zur Zeit 101 Unternehmer vom Verband der Baugewerbe die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit unterstrichlich anerkannt hatten. Im übrigen vertrat er auf die wöchentlichen Streitberichte im "Grundstein", sowie auf die Veröffentlichungen im "Vorwärts", insbesondere, nachdem er auf die von den Mauern aufgenommenen und veröffentlichten Baumentfertigungsverhandlungen aufmerksam, die ein genaues Bild von dem augenblicklichen Stand der Bewegung geben. Am allgemeinen ist der Stand des Streits für die Arbeitnehmer als günstig zu bezeichnen. Mit ganz wenigen Ausnahmen können wir konstatieren, dass unsere Kollegen sich in diesem Kampf straffe an die Beschlüsse der Generalversammlung vom 30. Mai dieses Jahres halten, und jegliche Streitarbeit, die ihnen angeboten wird, verweigern. Wo sich trotzdem die Kollegen gegen diese Beschlüsse beugen und Streitarbeit verrichten haben, werden wir diese nach Beendigung des Kampfes zur Rechenschaft ziehen. In das Verzeichnis der Streitenden sind bis heute 1430 Kollegen eingetragen. Sammelkarten zum Streitfonds sind an 2169 Kollegen ausgetragen. Die Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen betrug in der ersten Streitwoche 109, in der zweiten Woche 354, in der fünften Woche 688 und in der zehnten Streitwoche 619. In den Vorjahren hatten wir um diese Zeit wenig oder

fast gar keine arbeitslosen Kollegen. Und wenn man gegenüber dem letzten Jahr, wo circa 20 000 Maurer in Berlin beschäftigt waren, feststellt, dass zur Zeit nur die Hälfte davon hier arbeitet, so ist die logische Folgerung, dass in der Zeit immer mehr Kollegen arbeitslos werden, da die Bauten im Innern der Stadt nicht in dem Maße gefordert werden, als wenn alle Maurer in Tätigkeit wären. Einige Gewerbe kann sich nur entwickeln, wenn im Bauwesen alles seinen geregelten Gang geht. Ein ungefähres Bild des Beschäftigungsgrades in unserem Berufe zeigt uns das Ergebnis der Baumentfertigungsverhandlungen vom 12. und 13. Juli. An den Tagen der Kontrolle war derartig ungünstiges Wetter, dass viele Kollegen auf der Baustelle nicht angetroffen wurden. Kontrolliert wurden 298 Baustellen mit insgesamt 2011 darauf beschäftigten Kollegen. Gestellt wurden Rabipuher 490, Rabippanner 224, Bemitterer 198, Einschaler 191, Träger 330 und Bemitterer 388; organisiert waren 1654 Kollegen, und 357 waren indifferent, gehörten also keiner Organisation an. An Tage der Kontrolle meldeten sich als in Mitleidenschaft gezogen 510 Kollegen; im ganzen wurden also 2521 festgestellt. Nach einer sehr regen Diskussion, in der alle Redner ihren Bezugspunkt und ihre Meinung gegeben haben, dass bis jetzt unsere Kollegen sich stritten an die Beschlüsse der Generalversammlung vom 30. Mai gebunden und im gegenwärtigen schweren Kampf unserer Berufskollegen jegliche Arbeit zurückgewiesen haben, die als Streitarbeit angesehen werden konnte, wurden betrifft der Bauten, die Kollegen aufgefordert, ihre ganze Kraft zur Organisierung der indifferenten aufzubauen, ebenfalls den Gedanken der Einheitsorganisation mehr zu propagieren, damit endlich in der Arbeiterbewegung die Befreiung der Kräfte aufstößt und wir als geschlossene Phalanx den Unternehmertum gegenüberstehen. Unter "Beschiedenes" wurde ein Antrag des Vorstandes gegen wenige Stimmen angenommen, von der vierter Streitwoche ab eine Mieteunterstützung von $\text{M} 2$ pro Woche an die befreite Kollegen zu zahlen. Die Frauen derjenigen Kollegen, die während der Bewegung abgereist sind, erhalten von derzeitiger Woche ab die doppelte Unterstützung im Betrage von $\text{M} 4$ pro Woche. Einstimmig ausgeschlossen wurde der Buertrager Karl Budmann, Buertrager 343,25, weil er sich im Streitkontrolltoll unfehlbarlich betragen hat, indem er den Streitleiter bedrohte. Hierauf wurde noch bekannt gegeben, dass der Bau der Bementbau Altstadt-Hannover-Berlin in Immendorf bei Halle an der Saale wegen Lohnminderungen von der dortigen Organisation der Zimmerer gesperrt ist; die Einheitsarbeiter werden gewarnt, Arbeit nach dort anzunehmen. Nachdem der Kollege Haege in kurzen Worten die Kollegen aufgefordert hatte, die Streitbeiträge pünktlich zu bezahlen, erfolgte Schluss der gut besuchten Versammlung.

Bremerhaven. Am 27. Juli hielt der Zweigverein Bremerhaven im "Colosseum" eine außerordentliche Mitgliederversammlung, ab, deren Beschluss leider viel zu wünschen übrig ließ. Als Hauptpunkt der Tagessordnung war ein Vortrag des Kollegen Winnig-Hamburg vorgelegt über "Christliche Gewerkschaften". Nach einigen allgemein einleitenden Sätzen führte Redner etwa folgendes aus: Die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter ist leider nicht einheitlicher Natur; sie zerfällt in zwei Hauptgruppen, deren erste die modernen Arbeiterbewegung bildet, während sich die andere den bürgerlichen Parteien beschreibt hat. Letztere wieder zerfällt in verschiedene Unterabteilungen, von denen die christlichen Gewerkschaften die bedeutendsten sind. Zu ihrer Beurteilung ist die Tatsache sehr wichtig, dass sie nicht aus der freien Initiative der Arbeiter hervorgegangen sind, sondern vielfach von Zentrumsmä�gern geprägt wurden. Der ersten Antrag zu einer christlichen Arbeiterbewegung haben wir, wenn wir von den katholischen Gewerkschaften Kollegens absehen, in der Agitation des Bischöflichen Ketteler vor uns, der sich bemüht, den Einfluss Katholiken abzuwenden und versucht, die Arbeiterchaft auf christlicher Grundlage zu organisieren. Er forderte u. a. den Ausbau des Unterstützungsvereins und die staatliche Organisation der Arbeiter, musste aber bald einsehen, dass seine Bemühungen keine praktischen Erfolge zeigten. Anfangs der 70er Jahre sahen wir dann die ersten Versuche, Kirchliche feste Organisationen der katholischen Arbeiter zu schaffen. Der Westen Deutschlands mit seiner schon zu damaliger Zeit nicht unbedeutenden industriellen Entwicklung bildete gewissermaßen das Verliefersfeld. Um diezeitliche Zeit aber finden wir auch das Westen der dortigen Arbeiter, wirklich unabhängig, nach jeder Richtung freie Organisationen ins Leben zu rufen. Schließlich 1872 unternommene Versuch der Organisation der Bergarbeiter scheiterte, dann der vom Zentrum und der katholischen Kirche inszenierten Heze, und erst im Jahre 1877 gelang es, in dem nach seinem Begründer benannten Roentgen-Verband eine größere Anzahl Bergarbeiter zu vereinigen. Aber auch jetzt wieder versuchte die Kirche in Gemeinschaft mit den Bechtherrn diese Organisation zu unterdrücken, und so sehen wir, dass auch schließlich ihre Reihen sich wieder lichten; bis dann das Sozialistengesetz sie ganzlich von der Bildfläche verschwinden ließ. Unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, das die Aktion der freien Gewerkschaften brachte, ist es dem Zentrum wie der Kirche gar nicht eingefallen, irgendein etwas zur Befreiung der Lage der Arbeiter zu unternehmen. Auch hieran ist zu erkennen, dass die christlichen Gewerkschaften lediglich als Konkurrenzorganisationen gegen die moderne Arbeiterbewegung zu betrachten sind. Erst im Jahre 1899, bei der Gründung des heute noch bestehenden alten Bergarbeiterverbandes, sahen wir, die Christlichkeit mit ihrem vermeidlichen Kreieren wieder auf dem Plane erscheinen. Der Aufstand der Reichstagswahl 1893, das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen gab dann dem Zentrum Veranlassung, ernstlich an die Organisation der christlichen Arbeiter heranzutreten. Es wurde dann ein Bergarbeitertag einberufen, der die Gründung des christlichen Bergarbeiterverbandes zur Folge hatte. Zwei Gründungen bekämpften sich in diesem Verbande; während die eine unter völliger Wahrung der Neutralität lediglich die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter erfreute, sorgte die andere hauptsächlich die Befreiung der Sozialdemokratie. In räufiger Auseinandersetzung entstehen nun in den Jahren 1896 bis 1898 die verschiedenen lokalen

Vereinigungen in der Textilindustrie, dem Baubündnis, sowie in der Metall-, Leder-, Zäbel- und Holzindustrie. Im Jahre 1899 fand der erste Kongress der Christlichen zu Mainz statt; auf dem man sich für politische "Neutralität" aussprach, auch in religiösen Fragen dürfen keine Grenzen gezogen werden. Dort fand man auch eine Befreiung. Der auf diesem Kongress aufgestellte "Grundzirk" der Interkonfessionalität führte jedoch zu Streitigkeiten, mit einem Teile des Klerus. Die Folge war die Gründung sogenannter Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen. Man stellte sich aber auch um die Stellungnahme zu tagespolitischen Fragen, so gelegentlich der Beratung des Sozialrates; dieser Streit drohte fast das eben erst zusammengeführte wieder zu zerbrechen und hat sie jedenfalls in ihrer Entwicklung etwas gehindert. Nach der Schilderung ihres gegenwärtigen Standes erörterte Redner die Frage ihrer Weiterentwicklung. Die hauptsächlichsten Restrukturierungsgebiete sind der Westen wie der Süden Deutschlands, also jene Landesteile, in denen die Volksbildung am rückständigsten, der Einfluss der Kirche aber unbedeutend ist. Der Zustrom aus diesen Landesteilen muss aber nach und nach verliegen. Mit der immer weiter fortbreitenden Auslösung der Mäzenatentum wird den christlichen Gewerkschaften auch dort der Boden entzogen werden, und bald wird für sie der Zeitpunkt gekommen sein, wo es heißt: Bis hierher und nicht weiter. Wie hinderlich die geradezu gefährlich die christlichen Gewerkschaften den Arbeitern in dem Verlusten der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage sind, haben wir leider nur oft erfahren müssen. Allüberall, wo sie genügend Einfluss hatten, waren sie bereit, den Arbeitern in den Rüden zu fallen und verschiedentlich sind durch ihre verräderische Handlungsweise Streiks direkt illegal gemacht. Was können wir nun hiergegen unternehmen? Die christlichen Gewerkschaften werden in den meisten Fällen als Grund ihrer Handlungsweise an, sich durch den Streitbruch die ihnen von den modernen Gewerkschaften vertragte Anerkennung erzwingen zu wollen. Man nehme ihnen also jeden Vorwand zum Streitbruch und verflieche, sie in lokaler Weise für unsere Forderungen zu gewinnen, um so in gemeinsamer Weise mit ihnen die wirtschaftlichen Kämpfe führen zu können. Werden sie auch dann noch zu Streitbrechern, dann haben wir zum wenigsten alles getan, um sie hieran zu verhindern, und sie verdienen es, nicht anders begegnet zu werden, als mit dem Ausdruck Streitbrecherorganisation. Aber auch aus politischen Gründen kann man zu oben kurz hängen. Anfragen gelangen. Die christlichen Gewerkschaften bilden gegenwärtig ein Anhängsel des Zentrums. Es muss verhindert werden, sie für unsere Forderungen in der Sozialpolitik und im Arbeitsschutz, auch für unsere Forderung nach größeren politischen Rechten zu gewinnen. Entweder wird dadurch das Zentrum zu einer arbeiterfeindlichen Politik gezwungen werden, oder die christlichen Arbeiter würden ihm davoilaufen. In jedem Falle wäre dadurch ein nicht zu unterschätzender Fortschritt für die gesamte Arbeiterbewegung erreicht. Die Katholiken wären dann man den Christlichen gegenüber nicht in Anwendung bringen, es sei denn, dass es sich um bewusste Streitbrecher handelt. Liegt einem das Wohl der Gewerkschaftsbewegung am Herzen, so kann man keinen anderen Standpunkt vertreten. Lang anhaltender Beifall lobte den Referenten für seine Ausführungen, und fast debatlos machten die Erschienenen, die in diesem Referat vertretenen Ansichten zu den ihrigen. Zum Schluss hielt Kollege Winnig noch eine kurze die Notwendigkeit der Beitrags erhöhung begründende Ansprache und befand sich auch hier im Einklang mit den Sprechern. Der vorgerückte Zeit halber erfolgte dann gegen 12 Uhr Schluss der Versammlung.

Übungen. Mittwoch, den 31. Juli, hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die trotz der schwachen Konjunktur, die hier herrscht, gut besucht war. Es war ungefähr die Hälfte der Kollegen erschienen, was im hiesigen Zweigverein nicht oft vorkommt. Die Wichtigkeit der Tagessordnung wurde die Kollegen wohl so herangezogen haben. Es sei nämlich Sichtung genommen werden zu der Rückbildung unseres Arbeitsvertrages. Wie bekannt, ist hier der Arbeitsvertrag am 31. März gefündigt worden, aber bis heute ist es noch nicht zur Abschließung eines neuen gekommen. Hieranträgt natürlich, wie oben schon angeführt, die schlechte Konjunktur, die hier herrscht, die meiste Schuld. In dieser Versammlung wurde denn auch über diesen Punkt diskutiert, und es lief der Antrag ein, nochmals mit einem Schreiben an die Unternehmer heranzutreten; in der Abstimmung ging auch dieser Antrag einstimmig durch. Unter Gauvorsteher Stolle ist jedoch anderer Meinung. Er stellt sich nämlich auf den Standpunkt, dass wir in diesem Jahre einen guten Arbeitsvertrag doch nicht fertig bringen und uns ein schlechter nichts nütze. In dieser Hinsicht kann der Ebingen-Kollegen nur geraten, dass die Organisation zu fertigen. Bezuglich der Extraarbeitszeit wurden die Kollegen in der Versammlung ermahnt, ihrer Pflicht in dieser Hinsicht regelmäßig nachzukommen, aber da gab es, wie vorauszusehen war, viel Gerede. Wir richten deshalb an die Ebingen-Kollegenschaft, die dringende Bitte, kommt jeder seiner Pflicht nach, bringe jeder das kleine Opfer freudig, denn er bringt es nicht bloß für die anderen sondern auch für sich selbst. Es würde um so bedauerlicher sein, wenn gerade wegen dieser Pflicht die Kollegen aus dem Vereinheitszirkus getrieben werden müssten.

Eichstätt. Am 28. Juli tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst wurde die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen. Ansammt referierte der Kollege Hermann Buse aus Hannover über die Extraarbeitszeit. Er stellte klar, wie notwendig es sei, unsere Verbandsstätte zu stärken, um gegen größere Anstürme gerüstet zu sein. Die Extraarbeitszeit würden nicht für den Berliner Kampf erhoben, wie hier irrtümlich angenommen worden sei, sondern zu dem Zweck, einen Reservefonds anzusammeln. Das Referat wurde mit Beifall aufgenommen. Zum Schluss äußerte sich der Referent über den Zweck und Nutzen eines Gewerkschaftsartikels. Er betonte, dass in kleineren Orten ein Gewerkschaftsartikel unentbehrlich sei, wenn die verschiedenen Organisationen vorwärts kommen wollten. Jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats findet die Mitgliederversammlung im Vereinslokal bei Herrn Aug. Schäuler statt.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 28. Juli, tagte im Gaffhaus „Zum weißen Löb“ in Langenfeld ob d. eine Mitgliederversammlung, die mäßig besucht war. Zunächst erstattete der Kassierer Bericht vom zweiten Quartal, der für richtig befunden wurde. Über den Extrabeitrag sprachen die Kollegen Halbichmidt und Christian Weidenbach. Es sei sehr wichtig, den Extrabeitrag zu erheben; in Hanau und Offenbach seien Versammlungen abgehalten worden, und niemand habe sich dagegen erklärt. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen zu. Gleichzeitig forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, die gegenwärtig nicht im Maurergewerbe arbeiten, sich bei ihm zu melden. Hierauf stellte Kollege Läufner den Antrag, der dem Kassierer von Oberholzen, Kollegen Läufner, eine vierjährliche Vergütung zu gewähren. Es wurden ihm 2 bewilligt. In „Vorschiedenes“ ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, den Kollegen Wilhelm Hofner, der gegenwärtig an dem Kasernebau in Hanau in Alsfeld arbeitet, aufzufordern, die Maßregelungen, die er sich zum zweiten Male an jüngeren Kollegen verübt hat, zu unterlassen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Frankfurt a. d. O. Sonnabend, den 2. August, erschien in der „Oder-Zeitung“ eine Annonce, daß Maurer und Zimmerer zu 75 & Stundenlohn in neuständiger Arbeitszeit nach Berlin geführt würden. Räheres sei im Restaurant „Friedrichshöhe“ zu erkennen. Schon am Sonnabend früh wurden zwei Agenten von einem Kollegen am Bahnhof empfangen, der ihnen das Geleit gab. Am Abend ging Kollege Schirmer nach dem bestehenden Restaurant und stellte sich als „Arbeitswilliger“ vor mit dem Bemerkern, daß er noch keine Mauer bauen könne. Die Agenten, sehr erfreut über den so guten Fang, veranstalteten ein Ernteklage, das sich bis zur zuletzt Stunde hinzog, wobei sie pro gefeierte Seele 1.100 Belohnung versprachen. Nach Verhandlung sollte Kollege Schirmer am Sonntag Vormittag mit den beschuldigten Mannschaften antreten, was auch geschah; aber ohne diese, die er als auswärtsgebliebene Kollegen wegen der schlechten Witterung entschuldigte. In diese Zeit hatte sich aber schon der Vorstand zu erkennen. Nach langem Warten erklärten die Agenten, die natürlich schon wieder einige Gläser Bier hatten springen lassen, er möge doch die anderen Mannschaften holen, damit sie noch mit dem zwei-Uhr-Zuge nach Berlin fahren könnten. Das Gespräch sollte der Spektakel befehligen. Der Kollege sollte aber erst Brot und Käse abgeben, wozu er sich auch direkt erklärte und das Verbandsbuch her vorzog. Die Agenten wurden grün und gelb vor Wut, als das Geschäft der anwesenden Kollegen erfuhr und Kollege Schirmer ihnen erklärte, sie möchten das hier ausgegebene Geld nur für die geforderten 85 & ausgeben und im übrigen sollten sie so schnell wie möglich verschwinden, welchen Wünsche sie auch schlemmisch nachstossen. Hosenfresser haben sie das Wiedersehen für immer vergeben.

Dienstag, den 28. Juli, tagte unsere Mitgliederversammlung. Nachdem der Kassierer die Wirteljahrsabrechnung verlesen hatte, die von den Meistoren als richtig befunden war, erläuterte der Vorsitzende die von Vorstande ausgeschriebene Mehrzahlung von 40 & pro Woche, worüber sich Kollege Schnolling berat aufregte, daß er den Saal verließ. Es herrschte überhaupt eine solche Unruhe, daß andere Fragen gar nicht erörtert werden konnten und verschiedene Kollegen voll Unmut die soweit gut behandelte Versammlung verließen. Hierher ist eine gute Bautätigkeit, die aber gerade ausreicht, die in großer Menge erschienenen fremden Kollegen, die zum Teil gar nicht dem Verbande angehören oder nicht angemeldet sind, zu beschäftigen.

Graudenz. In der Donnerstag, 25. Juli, abgehaltenen Mitgliederversammlung verlas zunächst der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal. Da Widerpruch dagegen nicht erhoben wurde, konnte der Kassierer entlastet werden. Sodann referierte Kollege Blendowski über Unternehmernachmäntionen. In seinen Ausführungen verließ er auf die im Herbst v. J. in einer Versammlung, in der Kollege Efttinge referierte, beschlossene Resolution, die noch allgemein bekannt sein durfte und deshalb wohl nicht wiederholt zu werden braucht. Er kam dann auf die vom Vorstand ausgeschriebene Extrabeitrag zu sprechen und erinnerte die Kollegen, samt und jonders ihrer Pflicht zu genügen. Wer den Extrabeitrag nicht zahle, verlier alle seine Rechte an den Verband. Kollege Lenz schloß sich den Ausführungen des Referenten an und betonte, daß es dringende Notwendigkeit sei, unsere Rässen zu füllen und uns zu wappnen. Die Versammlung war mit den Ausführungen der beiden Redner vollkommen einverstanden. Zum Schluß rügte der Vorsitzende den schwachen Besuch der Versammlungen. Die Kollegen mißteten mehr agitieren und Propaganda treiben.

Kattowitz. Am Dienstag, den 23. Juli, tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Reichelt erstattete zunächst Bericht über die Abrechnung vom zweiten Quartal, worauf dem Kassierer durch Erheben von den Plänen Decharge erteilt wurde. Über den Extrabeitrag referierte Kollege Baude. Da hier unter den Kollegen eine große Zustimmung wegen des Extrabeitrages vorhanden war, erinnerte Mederer die Kollegen an die Beschlüsse der Herbstversammlung. Kollege Schmied erklärte, daß wir den Beitztag auf die Dauer von zehn Wochen entrichten müßten, da unsre Gegner zu demselben Mittel greifen, um ihre im Kampfe stehenden Kollegen zu unterdrücken. Nach einer lebhaften Ausprache erfolgte mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Versammlung um 10 Uhr.

Königshütte. Freitag, den 2. August, hielt unser Zweigverein eine Versammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. Baude referierte über Extrabeitrag. Nach dem mit Weißfall aufgenommenen Vortrag wurde folgende Resolution gegen eine Stimme angenommen: „In Erwagung, daß die Kämpfe im Baugewerbe mit dem Unternehmertum um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in den nächsten Jahren immer größere Gebiete und größere Massen der Maurer erfasst, beschließt die am 2. August im Gewerkschaftslokal tagende Maurerversammlung des Zweigvereins Königshütte, die Extrabeuer von 1.100 pro Mitglied von all den Kollegen, die in diesem Jahre in Oberhöfen als Maurer tätig waren (vom 6. Oktober ist bei Neuaufrnahmen außer dem Eintrittsbeitrag ein Beitztag zu zahlen), zu erheben. Unter „Vorschiedenes“ sprachen die

Kollegen Mende und Grawania-Bismarckhütte über Maßnahmen am Bau. Vorige Woche verunglückte ein Kollege durch Absturz des Gerüsts. Als die Kollegen vorher über schlechten Gerüstsbau bei der Polizei Anzeige erstattet hatten, denunzierte der Kommissar die Kollegen beim Unternehmer als die Verräte und erzielte damit ihre Entlassung. Die Polizeibeamten sollten bedenken, daß sie, wenn auch ein bunter Tod sie zierte, doch von den Steuergroßhändlern der Arbeit leben. Hierauf erholte sich der überwältigende Beamte Wartvos und löste die Verjagung auf. Unsere Kollegen beweist aufs neue, daß es endlich an der Zeit ist, durch Gesetze den Maßnahmen der Polizei in Preußen eine Grenze zu stellen. Unsere Kollegen aber werden durch zähles Festhalten an unserer Organisation stolz über solche Schikanen ihrem Fang aufzutreten.“

Leipzig. Von dort wird geschrieben: In der Nr. 176 der „Leipziger Volkszeitung“ ist eine Erwiderung auf den Versammlungsbericht, der auch im „Grundstein“ Nr. 31 steht, enthalten. In dieser Erwiderung wird von einem vorwürflichen Bureaucratismus gesprochen. Hierzu sei bemerkt, daß dieser Bericht vom Kollegen Wolf, der am Bau arbeitet, und nicht von einem im Bureau tätigen Kollegen geschrieben worden ist. Ferner sei erwähnt, daß Horbott, der Kassierer des Zweigvereins Schlebusch, am Schluß seiner Ausführungen die Anwendung direkt aufforderte, die Zahlung des Extrabeitrages zu verweigern. Diese Ausweitung war ja auch die logische Folge von dem, was Horbott selbst in der Erwiderung zugibt. Anders hätte sie die Ausweitung betrifft der 4500 Maurer gar keinen Sinn gehabt.

Magdeburg. Eine außerordentliche Generalversammlung des Zweigvereins Magdeburg und Umgegend tagte am 28. Juli im „Unterpfarrer“. Fast 600 Kollegen hatten sich trotz der Arbeitslosigkeit eingefunden. Über die Situation im Baugewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Berliner Bewegung sprach Kollege Koch. Er führt unter anderem aus: Bis zum vorigen Jahre war die Bautätigkeit sehr gut, was auch den Organisationen zu gute kam. Waren im Jahre 1905 807 878 Personen im Bauverband organisiert, so waren es im Jahre 1906 382 567. Der Maurerverband hatte am Schluß des Jahres 1905 188 680 Mitglieder. Ende 1906 waren es 188 747. Ein schöner Beweis für die Werbewirksamkeit unseres Verbandes. Am Schluß des Jahres 1906 machte sich in verschiedenen Orten bemerkbar, daß nicht mehr so viel Kapitalien auf dem Baumarkt flüssig wurden, als im vorhergehenden Jahre. Dies trug die Verkürzung des Gesetzes auch bei. Von einer Krise im allgemeinen könnte noch nicht die Rede sein. Auch jetzt ist die Arbeitslosigkeit nicht schlecht, doch in verschiedenen Städten macht sich die Arbeitslosigkeit schon recht fühlbar. So auch in Magdeburg, wo weniger Bauten angekündigt sind als in den vorigen Jahren. In den Reihen der Unternehmer kommt nun die Angst immer mehr zum Durchbruch, daß es an der Zeit ist, unserer Organisation das Leben zu jagen. Je mehr Erfolge wir hatten, desto größer wurde der Hass des Unternehmers. Und als im vorigen Jahre in fast allen Zweigvereinen große Agitationen und Versammlungen abgehalten wurden, in denen über die kulturelle Bedeutung der Verbesserung der Arbeitszeit gesprochen und dem Verbandsvorstande der Auftrag wurde, den Verband stets Kampfbereit zu halten, wenn auch dadurch die Beiträge erhöht werden müßten, war es mit an dencheinenden Ruhe im Lager der Unternehmer vorbei. Waren sie bis dahin öfter geneigt gewesen, die Verbesserung der Arbeitszeit ohne Kampf zu bewilligen, so erklärten sie jetzt überall: „Eine Verbesserung der Arbeitszeit gibt es nicht.“ Für uns stand deshalb auch schon im vergangenen Winter fest, daß die Forderung unserer Berliner Kollegen abgelehnt werden würde. Der Kampf ist nun entbrannt, aber die Unternehmer haben in Berlin nicht vernichtet, die Ausprägung vollständig durchzuführen. Schon arbeiten eine ganze Anzahl Kollegen zu den neuen Bedingungen und Streikbrecher sind wenig vorhanden, doch auf weisen Seite sich der Sieg neigen wird, ist noch nicht abzusehen. Unterliegen wir, so liegt es nicht an der Macht der Unternehmer, sondern an der geschwächten schwierigen Lage des Bauverbandes. Für 80 bis 85 & Stundenlohn bestimmen die Unternehmer keine Streikbrecher, und da sollten wir nicht mit Stoß auf unsere Organisation blitzen? Wir wollen deshalb mit dem Verbandsvorstand dafür sorgen, daß wir stets gerüstet bestehen. Für dieses Jahr sind unsere Rässen gefüllt; zeigen wir unseren Erfolg, wenn wir werden am Jahresende konstatiert können, daß wir allen Stützen genähert sind. An der Zeit ist es jetzt nicht, zu zanken und zu hadern, jetzt ist es zu handeln, indem wir die vom Verbandsvorstand ausgeschriebenen Extrabeiträge bezahlen. Mögen dann die Unternehmer kommen; an der geschlossenen Pfalzang der Arbeiter müssen ihre Blätter zu schanden werden. Nach einer kurzen Diskussion gab Kollege Brüggemann den Beschluss des Verbandsvorstandes noch bekannt und teilt mit, daß alle Arbeitslosen sich bei ihren Kolporteurern oder Stellvertretern vorständen zu melden haben.

Rauen. Am 28. Juli hielt der Zweigverein Rauen eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom ersten und zweiten Quartal. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Hierauf wurde der Kollege Schneidhaus zum provisorischen Sachsführer gewählt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde bekannt gemacht, daß für Rauen 40 & Extrabeitrag zu zahlen sind. Der Antrag, ein Vergnügen abzuhalten, wird abgelehnt. Den ausgeprägten Tabakarbeitern werden 1.100 bewilligt. Der Kassierer hat am nächsten Samstag sämtlichen in Berlin arbeitenden Kollegen, Maurer und Putzern, die Arbeitsbereitstellungsliste abzurufen. Der Vorstand wird beauftragt, über die in Berlin arbeitenden Kollegen die Kontrolle auszuüben.

Neumark (Westpr.). Vor zwei Jahren hatte der Berichterstatter Gelegenheit, einer Fahneneinheit des sächsischen Handwerkervereins beizutreten. Der die Wehrerei haltende Herr sprach unter anderem auch den Wunsch aus, daß die Fobne dazu beitragen möge, den Zusammenhalt der Handwerker zu fördern, damit sich vor allem kein sozialdemokratischer Geist in die Reihen der Neumarker Handwerker einschiele. (Steben bei dem Berichterstatter gehörten fast alle Maurer zu dem genannten Verein.) Kollege Blendowski aus Graudenz hatte auf einer Agitationstour auch

Neumark besucht und versucht, die Neumarker Kollegen unserer Organisation anzuführen. Die Kollegen zeigten auch viel Verständnis hierfür. Es wurde eine Versammlung für Sonnabend, den 6. Juli, im Lofts des Herrn Savitski angemeldet. Die polizeiliche Anmeldung wurde bestätigt. Aber plötzlich, drei Stunden vor dem Beginn der Versammlung, entzog man sich wahrscheinlich jener Weisheit von 1905 — und der Wirt verweigerte sein Lokal zum Abhalten der Versammlung. Er erklärte, er könne es nicht hergeben, sonst würde er großen Schaden von anderer Seite haben. Die Kollegen, 25 an der Zahl, ergrinnt über die Handlungswise gewisser Kreise, ließen sich dann auch als Mitglieder aufnehmen, ohne daß Kollege Blendowski ihnen den Wert der Organisation näher ausführte. Es dauerte nicht lange, da erschien auch der Wirt im Lofts des Herrn Gersfeld, in dem Kollege Blendowski die Aufnahmen vollzog. Ein Beamter fragte den Wirt eingehend, ob dort Nieder gehalten worden seien. Der Wirt sagte: Der Herr trifft mit den anderen Herren sein Wier, und weiter tut er gar nichts. Selbstverständlich fanden die Gewaltigen von Neumark nichts ausrichten; sie setzten sich an anderen Tisch weiter und fingen der eifigen Arbeit des Kollegen Blendowski zu. In der Zwischenzeit waren aber auch schon die Gendarmen der Neumark umgegangen auf die Beine gebracht worden, die dann erst im Lofts des Herrn Savitski nach jenen Maurern suchten. Von dort gingen sie dann nach dem Dorf Lont, um uns dort im Wallerser Gasthaus zu suchen. Die Herren setzten sich dort nieder. Als Kollege Blendowski später mit noch einzigen Kollegen zu dem Gastwirt Walter nach Lont ging, um zu erfahren, ob er das Lokal zum Abhalten von Versammlungen haben könne, gingen die Herren der Ordnung selbstverständlich nicht früher fort als Kollege Blendowski; sie blieben bis spät in der Nacht dort, wahrscheinlich um zu verhindern, daß nicht der gefürchtete sozialdemokratische Geist dort Wurzel schläge. Am 11. Juli hatten die Kollegen von Neumark wieder eine Versammlung einberufen, aber wieder wurde das Lokal abgetrieben. Kollege Blendowski, der wieder erschien, war, wurde von den Gendarmen und der Polizei sofort im Auge behalten. Aber trotz allem fanden die Allmächtigen es nicht verhindern, daß die Kollegen von Neumark an die Unternehmer eine Forderung auf Verbesserung des Lohnes einrichteten. Als man ihnen bis zum 20. Juli von Seiten der Unternehmer keinen Bezahl zu kommen ließ, legten sie die Arbeit nieder. Die Gendarmen leisteten alles möglich, um die Zusammenkunft zu verhindern. So versuchten sie, einzelne Kollegen, in denen sie die Führer vermuteten, abzutrennen, Mitglieder zu sein, die doch anständige Männer seien und der Verband doch nichts nütze. Außerdem habe sich der Gendarm Pauls ausgeslossen, daß sie (die Kollegen) jetzt Beiträge bezahlt hätten; nur damit es der Blendowski verbringe. Nach Aussagen von Zeugen hatte er gesagt: „Blendowski bringt sie nur um ihr Geld.“ (Wahrscheinlich wird sich dieser Herr vor Gericht wegen Beleidigung zu verantworten haben.) Als das alles nichts fruchtete, meinten die Herren, die Kollegen dürften nicht denken, daß Neumark Graubünden wäre, was gar nicht dort nicht. Als die Kollegen aber trotz aller Einschüchterung die Arbeit am 21. Juli niedergelassen, war der Schred groß. Der Bahnhof wurde durch Polizei und Gendarmen besetzt, um den Kollegen Blendowski zu verfangen, der an dem Tage wiederkommen sollte; aber ihr Warten war vergebens. Al. Kieg zum Aberg dieser Herren eine Station hinter Neumark aus. Dann suchte ein Gendarm den Kollegen Blendowski in Häusern des Dorfes Lont, in denen Maurer wohnten, bei denen er Al. vermuten konnte. Über er fand nichts. Am Abend fuhr dann Kollege Al. mit neuem Kollegen von Neumark wohl behalten nach Graudenz, wo diese Kollegen auch gleich Arbeit fanden. Die Unternehmer wußten tatsächlich gar nicht, was ihnen passierte. Sie glaubten, die Arbeitslosigkeit wäre Spät; die Kollegen würden schon zurückkehren, wenn sie Not haben würden. Al. aber eine volle Woche vergangen war und keiner kam, mit Ausnahme von zwei Streikbrechern, die die Arbeit nicht niedergelassen, kapitulierten dann am 30. Juli der erste Unternehmer und am 2. August der zweite. Da zwei nur am Orte sind, ist die Bewegung zu Gunsten der Kollegen entschieden. Die Kollegen forderten 48 & und zehn Stunden. Vereinbart wurde für 1907—1908 40 & und elf Stunden, für 1908—1909 42 & und zehn Stunden, für 1909 bis 1. April 1910 44 & und zehn Stunden. Wahrscheinlich ein schöner Erfolg, wenn man bedenkt, daß vorher nur 34 bis 35 &, im Vorjahr und Herbst 28 bis 30 & pro Stunde gezahlt wurden. Die Kollegen von Neumark haben aber auch eingesehen, daß es ihnen ohne die Organisation nicht möglich gewesen wäre, die Forderung durchzuführen. Sie gelobten, für die Zukunft treu zur Organisation zu halten, allen Widerfahrern zum Trotz. Beim Streikpochen führte außerdem Gendarm Pauls, der den Kollegen Blendowski für einen Betrüger hält, zu einem anderen Kollegen, daß er ihn über den Haufen schießen würde, wenn er ihn noch einmal auf dem Bahnhofe stehen lege. Also für das Ausüben der gefestigten Rechte droht jener Herr dem Kollegen mit dem Niederschießen! Die Behörde von Neumark ist nun stamm dabei, gegen Kollegen Blendowski Klage zu erheben wegen Ablösungen von Versammlungen, die nicht polizeilich angemeldet sein sollen. Einige Kollegen wurden polizeilich vernommen und befragt, wo die Versammlungen abgehalten wurden. Sie konnten aber nur antworten, daß irgend eine Versammlung stattgefunden habe. Nun ist man wütend in Neumark. Wie kann es auch möglich sein, daß es die Maurer wagen, gegen den Willen der Herren ihre wackelige schlechte Lebenslage zu verbessern. Kollege Blendowski sieht einer gerichtlichen Verfolgung drohen. Sollte es dazu kommen, dürfen wohl noch ganz andere Sachen aufgedeckt werden. Zum Schluß möge aber den Kollegen von Neumark gefragt sein: „Ist jetzt es, die Organisation weiter auszubauen und auf den befehlten Siegesrahm für Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage weiter zu kämpfen.“

Byrit. Eine genaue Kontrolle über den Unternehmer Friedrich Berg macht sich sehr schwer, weil F. Berg jetzt die Bahnhofsgebäude in Bützow, Stargard und Lippehne in Arbeit hat. Es ist aber festgestellt worden, daß auch Verbandskollegen an diesen Bauten beschäftigt sind. In Stargard arbeitet ein Verbandskollege von Altdamm, namens Franz Schönbeck; in Lippehne arbeiten drei Verbands-

folger von der Zabstelle Wobenberg, ihre Namen sind Otto Paul, Hugo Hermann und Schiebelstein; in Blubow arbeiten sechs Gelehrten und zwei Burschen. Auch diese sechs Maurer waren Mitglieder des Verbandes, doch jetzt erzählen sie, die schönen Märchen, wie sie von ihrem Zweigverein Wobenberg behandelt worden sind. Aber das ist ja die alte Methode, wenn man Streitbeschleunigung leistet, ist man vom Verband schlecht behandelt worden. Aber der Zweigverein Wobenberg wird ja mit diesen Kollegen abrechnen, die sie sind alle vom Amt Marienwalde. In Byritz und dem Umkreis davon wird die Spur im ganzen aufrecht erhalten, denn da ruht Bergs Arbeit gänzlich, weil ihm die Byritzer Maurer genau kennen und nicht für Schläge bei ihm arbeiten. Und nun bitten wir darum, die Mitglieder aus anderen Zweigvereinen mögen dies Geschäft meiden. Arbeit ist auch bei anderen Unternehmen für die im Bezirk genügend vorhanden.

Gau Nürnberg. In den letzten Wochen fanden in unserem Gau in fast allen Zweigvereinsgebieten eine oder mehrere Versammlungen statt, die sich in der Hauptzeitung mit den wirtschaftlichen Kämpfen der Neuzeit und mit den Extrabeiträgen befassten. Wohl sind uns, nachdem der Verbandsvorstand die Extrabeiträge ausgedrückt hatte, aus einer Anzahl Zweigvereins Mitteilungen zugegangen, die darauf schließen ließen, daß viele Kollegen die Extrabeiträge nicht bezahlt wollten. Wieder anderen waren diese Beiträge zu hoch, oder aber die Zeit zur Leistung des Beitrages zu kurz, u. dergl. mehr. Gegner des Extrabeitrages sind uns in zwei Zweigvereinen begegnet, wodurch ein Zeichen dafür ist, daß unsere Kollegen in Bayern nicht wohl die Vorteile des Verbandes genießen, sondern auch Opfer bringen wollen. Auf früheren Verbandstagen mußten wir uns oftmals, und zwar nicht mit Unrecht, sagen lassen: „Ihr Süddeutsche wollt halt nichts bezahlen.“ Dass dies heute nicht mehr zutrifft, beweisen die bisher abgeholten Verbandsmitteilungen; aber auch in den noch folgenden wird das Bild wohl nicht trüger werden. Zu diesen beiden Zweigvereinen war es nur je ein Kollege, der immer von „Wir“ sprach, aber keinen Anfang in der Versammlung fand. Zweifeln sind wir allerdings in mehreren Versammlungen begegnet, aber auch diese waren sich einig, daß der Extrabeitrag notwendig sei. Zwei Extrabeiträge sind bereits fällig gewesen, und sowohl wir bisher die Dinge übersehen können, sind sie mit wenigen Ausnahmen bezahlt worden, und alle jene Kollegen, die noch nicht begonnen, werden nichts mehr zu verfügen haben, um schließlich ihre erworbenen Rechte im Verbande nicht zu verlieren. Von mehreren Zweigvereinen ist uns bereits bekannt geworden, daß verschiedene Kollegen den ganzen Beitrag in der ersten Woche mit einem Male bezahlt haben. Dazu werden wohl nicht viele Kollegen imstande sein, aber diese Art der Zahlung dürfte wohl bei jedem unserer Kollegen angebracht sein, wie die Frauen noch nicht das nötige Verständnis für die Arbeitserziehung gewonnen haben. Mit mancher Frau, aber auch mit manchem Kollegen, namentlich jenen, die neuer Versammlungen bejubeln, noch ihr Fachorgan lieben, hatten unsere Helferinnen eine Attache zu bestehen. Diejenen Kollegen könnten aber die Belegschaftsleute und Baudellegierten ihr schweres Ant durch eine genaue Bücherkontrolle etwas erleichtern. Wohl sind uns von einigen Helferinnen Mitteilungen zugegangen, daß sich auch Kollegen, die jedes Jahr mehr an Unterstützungen verschiedener Art bezogen, als ihre Beiträge betrügen; geweckt haben sollen, die Extrabeiträge zu leisten; aber gerade diese werden es am schwersten empfinden, wenn sie mit den Extrabeiträgen im Blaustand befreit werden. Der Verband hätte aber wohl deshalb keinen finanziellen Nachteil. In Südtirol haben einige Kollegen gedroht, wegen der Extrabeiträge den Zweigverein sich anzuschließen zu wollen, was aber doch alles in allem genommen nur sogenannte Kinderfeindschaften sind, die wir überwinden müssen und sehr leicht überwinden werden.

Brauau. Am 23. Juli fand im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ eine öffentliche Maurerversammlung statt, die von circa 300 Kollegen besucht wurde und sich zur Tagesordnung „Die Urteile und Wirkungen des Streits und Aussperrungen und die Erhebung des Extrabeitrages“ gewidmet hatte. Kollege Schirnck erläuterte die Notwendigkeit dieses Extrabeitrages, indem er die Entwicklung der Arbeitserorganisationen seit ihrem Bestehen als auch die Organisationen der Unternehmer Revue passieren ließ und damit zeigte, daß immergetreuer dem Grundsatz des Herrn Simon-Bresslau den Arbeitserorganisationen der Streit bis aufs Messer zu erschlagen, gehandelt worden ist. An der Hand eines reichhaltigen Schriftmaterials zeigte Kollege Schirnck, wie durch die immer mehr zunehmenden Streits und Aussperrungen, sowie durch die eingeführten Unterstützungen immer größere finanzielle Aufwendungen gemacht werden müssen. Da im Laufe der nächsten Jahre noch größere Kämpfe zu erwarten sind, die eine gute, reich gefüllte Kasse zur Grundlage haben müssen, ergibt sich die unumgängliche Notwendigkeit zur Erhebung des Extrabeitrages. Da auch die Blauuniformen Maurer bei den verlorenen Kämpfen die Sympathie der sämtlichen deutschen Maurer auf ihrer Seite hatten, wo nicht danach gefragt wurde, ob die hiesigen Maurer schon soviel aufgebracht hätten, um die Kämpfe führen zu können, so müßten es sich die Kollegen zur vornehmsten Aufgabe machen, Mann für Mann den Extrabeitrag zu zahlen. Es möge sich deshalb kein Kollege durch den erhöhten Beitrag irrt machen lassen, sondern der Organisation freu zur Seite stehen und dafür sorgen, daß auch der letzte Kollege den Extrabeitrag bezahlt. In der darauf folgenden Diskussion, an der sich eine Anzahl Kollegen beteiligte, sprachen sämtliche Redner im Sinne des Referenten. Nachdrückliche Resolution wurde gegen drei Stimmen angenommen: „Die heutige im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“ tagende, von circa 300 Kollegen besuchte Versammlung erachtet es angebracht, der immer schärfster werdenden Lohnkämpfe als einer unabsehbaren Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß die Organisation auch in Zukunft gut fundiert wird, und kann daher das Vorgehen des Verbandsvorstandes in der Frage des Extrabeitrages nur billigen. Die Versammlung erläutert, dahin wirken zu wollen, daß jeder einzelne Kollege den Extrabeitrag pünktlich bezahlt, weil wir nur dadurch in der Lage sind, auch in Zukunft für die wirtschaftliche Besserstellung der Maurer

zu kämpfen.“ Die hiesigen Maurer haben durch Annahme dieser Resolution gezeigt, daß sie das richtige Verständnis für die Anforderungen haben, die die Zeit an uns stellt. Wegen aller Kollegen diesen Beitrag hochhalten, dann werden wir zu jeder Zeit gerüstet dastehen. Nach mehreren kleinen Aussprachen fand die Versammlung ihr Ende.

Schwenningen. Der hiesige Zweigverein hielt Donnerstag, den 25. Juli, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die nur mittelmäßig besucht war. Als Referent war Kollege Stehle aus Singen anwesend. Er referierte über den Aufbau der Organisation und das Vorgehen des Unternehmenskums, um unsere Organisation zu zerstreuen, sowie über die vom Verbandsvorstand ausgeführten Extrabeiträge. Seine Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige stattfindende Versammlung der Funktionäre des Zweigvereins Schwenningen, erklärt ihre volle Zustimmung zu dem vom Verbandsvorstand und den übrigen zuständigen Verbandsmitgliedern ausgeübten Extrabeitrag. Der Voritzende forderte die Verbandsmitglieder auf, den Extrabeitrag pünktlich zu zahlen, um dadurch den um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfenden Berliner Kollegen ihre Sympathie auszudrücken. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Spremberg. Sonntag, den 2. Juli, tagte hier eine Generalversammlung, in der die Erklärung der Extrabeiträge erfolgte. Der Vorsitzende führte den Mitgliedern die Ausspruchsgeschichte der Unternehmer vor Augen und betonte, daß zur besseren Festigung des Verbandes vollstark Manition herbeizuführen wünscht. Die Abstimmung ergab, daß sämtliche Stimmen ohne Ausnahme für die Extrabeiträge waren. Unter „Beschiedenes“ wurde es stark gerügt, daß sich die Kollegen hätten darunter lassen lassen, Arbeit auf eigene Hand anzunehmen und Arbeit nach 6 Uhr Abends bis zur Dämmerung auszuüben. Es wurde beschlossen, der Vorstand sollte die Sache mit den Kollegen regeln. Im wiederholten Falle würde Ausschluß erfolgen. Ferner wurde gerügt, daß in Wetzlar, wo die Kollegen meist auf der Baustelle übernachten, meist bis 7 Uhr gearbeitet wird. Der Kollege H. Elsner soll nochmals aufgefordert werden, den Beschluß der Versammlung nachzuholen und gegen die Kollegen die Hegeren zu unterlassen, andernfalls der Ausschluß erfolgt.

Krautheim. Die Abreise des Arbeitsnachweissführers ist wieder Huber, Kernstr. 4.

Uelzen. Der hiesige Zweigverein hielt Sonntag, den 4. August, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Extrabeiträge wurde auch von den Kollegen gut befunden. Es wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, die Steuer pünktlich zu bezahlen. Nur wurde dem Verbandsvorstand der Vorwurf gemacht, daß die letzten drei Klassen der Staffelung in der Extrabeitrag mit den unteren Klassen nicht übereinkommen. Es wurde bemerkt, daß die leiste Beitragsklasse doch wohl, da es in ihr doch Laufende von Mitgliedern gibt, einen höheren Beitrag hätten zahlen können. Wenn die Kollegen bei 40 S. dingen müßten, so komme doch den Kollegen der leichten Klasse eine Extrabeitrag von 80 S. zu. Unter diesen Umständen wird es dem Vorstand anheimgegeben, im Wiedersetzungsfalle eine gleichmäßige Beleidigung der Kosten auf die Kollegen vorzunehmen. Wir sind nicht der Meinung, daß die niedrigsten Klassen für das Gros aufkommen sollen, obwohl wir alle gewußt sind, daß das Allgemeinwohl einzutreten. Gedenkt wurde befreijen, einige Helferinnen zu wählen, um den Kollegen die Zahlung der Extrabeiträge und des Beitrages zu erleichtern. Außerdem wurde noch beschlossen, unter diesjähriges Sommerfest Sonntag, den 18. August, in den „Drei Linden“ abzuhalten. Zum Schluss ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, besser für die politische Organisation einzutreten.

Vorholz t. W. Sonntag, den 28. Juli, tagte im Lokal des Herrn Köring in Burgsteinfurt unsere regelmäßige Mitgliederversammlung in welcher auch der Gauvorsitzende, Kollege Kahl, anwesend war. Er hielt ein kurzes Referat über die gegenwärtigen Lohnkämpfe und über die uns im nächsten Frühjahr bevorstehenden Aussprachen, sowie über die Erhebung des Extrabeitrages. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erläutert sich mit den Aussprachen des Herrn Kahl einverstanden und verspricht, dafür zu sorgen, daß der Beitrag von allen Mitgliedern pünktlich gezahlt wird, damit wir zu jeder Zeit gerüstet vorgehen können.“ Die Forderung, die von den Burgsteinfurter Kollegen an den Unternehmer Gotha gestellt wurde, ist, weil den organisierten Kollegen eine weit größere Zahl unorganisierter Städter gegenübersteht, als un durchführbar zurückschafft werden. In „Beschiedenes“ wurde dann das unpolitischerische Verhalten des Kollegen Ranftmanns harsch gerügt und beschlossen, ihn zur nächsten Versammlung persönlich abwechselseitig eine Aussprache einzuladen.

Würzen. Am 25. Juli fand im Restaurant „Schützenhaus“ eine von 100 Kollegen bejügte öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Hofmann referierte über den vom Verbandsvorstand beschlossenen Extrabeitrag. Zum zweiten Punkt, Stellungnahme zu einem Unternehmertum, hielt Genoss Kleis eine lehrreiche Vortrags. Nach diesem beendigt war: Die Maurerversammlung ist mit der Einführung eines Unternehmertums einverstanden, jedoch ist der Beitrag für das Gewerkschaftsziel nicht zu erhöhen, vielmehr sind die Mehrkosten durch Umlageverfahren zu decken. Zur Wahl des Vertrauensmannes entpuppte sich eine lebhafte Debatte, wobei folgende Resolution angenommen wurde: „Die Versammlung berücksichtigt das Verhalten des Kollegen Schneider gegen den Kollegen Hofmann und spricht lebhafter für die Beifügung des Beitrags des größten Anerkennung aus.“ Die Versammlung wünscht, daß Kollege Schneider die falschen Aufzulösungen unterlässt, sie sieht sich sonst veranlaßt, den Ausschluß beschließt aus dem Verbande vorzunehmen. Hierauf verpflichtete sich Kollege Hofmann, das Amt als Vertrauensmann weiterzuführen. Demselben wurden für seine Tätigkeit als Vertrauensmann jährlich 100 bewilligt. Zum Schluss verließ Kollege Hofmann die Abrechnung vom zweiten Quartal.

Ausland.

Italien. Der italienische Bauarbeiterverband warnt vor Zug nach Turin, wo gegenwärtig gestreikt wird. Die Unternehmer huchen durch Verbreitung falscher Meldungen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. An dem Streit sind die Maurer, Zimmerer, Schauer, Gementierer und Hufarbeiter beteiligt.

Zur zweiten internationalen Maurerkonferenz.

An der ersten Konferenz dieser Art (Berlin 1908) nahmen die Vertreter von neun Organisationen teil, außer Deutschland waren damals Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Schweiz, Italien, Ungarn und Österreich vertreten. Zu diesen Ländern wird diesmal noch Russisch Polen hinzukommen. Das ist jedoch nicht die einzige Erweiterung, die der Kreis der Teilnehmer erfährt, es werden sich diesmal auch die Bauhülfarbeiterverbände von Deutschland und Österreich beteiligen. Bei der engen Interessensolidarität, die zwischen Maurern und Bauhülfarbeiterverbänden besteht, ist die Teilnahme der letzteren durchaus zweckmäßig und darum erwünscht. Es lässt sich heute noch nicht sagen, ob nicht noch Organisationen anderer Länder vertreten sein werden. Soweit sich unter den Delegierten zum internationalen Kongress Maurer oder Bauhülfarbeiter befinden, ist auch deren Teilnahme an der Konferenz jedenfalls wahrscheinlich.

Von den Organisationen, die 1908 in Berlin vertreten waren, ist eine ausgeschieden: der „Niederländische Metzelaarsbond“, an seine Stelle ist der Zentralverband der holländischen Maurer- und Bauarbeiter getreten, eine neue Organisation, deren Vorsitzender bereits auf unserem Cölnischen Verbandstage anwesend war. Der „Metzelaarsbond“ beschwert sich in einem gedruckten Zirkular darüber, dass er bei der Einladung zur Konferenz übergangen worden ist, wie auch noch über manches anderes. Der Vorstand unseres Verbandes stellt sich auf den Standpunkt, dass von der Teilnahme dieser Organisation an der Konferenz keine Förderung des internationalen Zusammenwirkens zu erwarten ist. Der „Metzelaarsbond“ ist heute, nach mehr als zehnjährigem Bestehen, noch ebenso klein und bedeutungslos, wie zur Zeit der ersten Konferenz. Nach seiner eigenen Angabe zählt er heute 600 Mitglieder. Der Grund dieser Stagnation ist nur zum Teil in den für die gewerkschaftliche Organisation besonders schlechten Verhältnissen in Holland zu erblicken, mehr ist sie dem Anarchismus zuzuschreiben, der die alten Organisationen in Holland zerstellt und dem sich auch der Vorstand des „Metzelaarsbond“ mit Haut und Haaren verschrieben hat. Die anarchistischen Theorien sind nach unserem Ermessen der gewerkschaftlichen Organisation höchst gefährlich, und die rückläufige Entwicklung des „Metzelaarsbond“ beweist die Richtigkeit unserer Auffassung. Wir verstehen und billigen es, dass sich in der holländischen Arbeiterschaft eine scharfe Abwehrbewegung gegen die anarchistische Organisationsverbindung entfaltet hat, der auch der Zentralverband der holländischen Maurer- und Bauarbeiter seinen Ursprung verdankt. In dieser Organisation erblieben wir ein entwicklungsfähiges Gebilde, dass sowohl seinen nationalen wie seinen internationalen Aufgaben gewachsen sein wird. Das war der Grund dafür, dass der Vorstand unseres Verbandes den Zentralverband einlud und zugleich auf eine Teilnahme des „Metzelaarsbond“ verzichtete. In dem schon erwähnten Zirkular des „Metzelaarsbond“ stellt dessen Vorstand sein Er scheinen zur Konferenz trotzdem in Aussicht; möge er kommen, es wird ihm dann begreiflich gemacht werden, dass es auch die anderen Organisationen ablehnen, sich mit seiner anarchistischen Gewerkschaftsspielerei zu befreien.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 28. Juli bis 3. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von den örtlichen Verwaltungen in Hamburg M. 500, Blankenburg a. S. 487,08, Böhlburg 350, Ronneburg 300, Kreuzen 187,74, Seesen 150, Wölberg 150, Soden 100, Hann. i. W. 100, Groß-Bartensberg 100, Wester 70, Braunschweig 55, Altenbrunnen 50, Summa M. 257,77.

Quittüsse erhielten: Hann.-Münden M. 200, Schweinfurt 200, Densau 100, Karlsruhe i. Baden 100, Bamberg 100, Mühlendorf 100, Niederschäffig 70, Summa M. 870.

Altona, den 3. August 1907.
Karl Reit, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.
Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauunfällen, überhaupt von allen wichtigen Vor kommunisten auf den Bauern schriftlich einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Wohin. Am 28. Juli fand im Restaurant „Schützenhaus“ eine von 100 Kollegen bejügte öffentliche Maurerversammlung statt. Kollege Hofmann referierte über den vom Verbandsvorstand beschlossenen Extrabeitrag. Zum zweiten Punkte, Stellungnahme zu einem Unternehmertum, hielt Genoss Kleis eine lehrreiche Vortrags. Nach diesem beendigt war: Die Maurerversammlung ist mit der Einführung eines Unternehmertums einverstanden, jedoch ist der Beitrag für das Gewerkschaftsziel nicht zu erhöhen, vielmehr sind die Mehrkosten durch Umlageverfahren zu decken. Zur Wahl des Vertrauensmannes entpuppte sich eine lebhafte Debatte, wobei folgende Resolution angenommen wurde: „Die Versammlung berücksichtigt das Verhalten des Kollegen Schneider gegen den Kollegen Hofmann und spricht lebhafter für die Beifügung des Beitrags des größten Anerkennung aus.“ Die Versammlung wünscht, daß Kollege Schneider die falschen Aufzulösungen unterlässt, sie sieht sich sonst veranlaßt, den Ausschluß beschließt aus dem Verbande vorzunehmen. Hierauf verpflichtete sich Kollege Hofmann, das Amt als Vertrauensmann weiterzuführen. Demselben wurden für seine Tätigkeit als Vertrauensmann jährlich 100 bewilligt. Zum Schluss verließ Kollege Hofmann die Abrechnung vom zweiten Quartal.

Van heraus, und hierbei traf ihn ein herabfallender Stein auf die Hand. Ein Bild war es, der Biegelstein erst auf die Leiter aufstieg, sonst wäre der Unfall weit schlimmer ausgefallen. Ein Schuhfuß war natürlich nicht vorhanden. Es wurde erst angebracht, nachdem Δ den Unfall erlitten hatte. Wir haben schon mehrfach die Münzände dieser Bauten im hiesigen „Wolfsblatt“ erörtert, befreit ist es bisher nicht geworden. Wir fragen: Wieviel Menschenleben sollen an diesen Bauten noch zu grunde gerichtet werden, bis die Vorwürfen befohl werden?

Bochum: Ein betrübender Unfall ereignete sich am 27. Juli an Schulneubau an der Gastroperstrasse (Unternehmer Gottfried Lauer). Der Maurer Anton Sydow war mit noch einem Kollegen an der Bordsteinfront mit Bogenböcken beschäftigt. Hierbei muß er sich wohl etwas zu weit hinaufgelehnt haben, denn er stürzte mit dem Bogen nach innen herunter, mit dem Kopfe auf einen Träger auffschlagend, in den Keller hinab. Sein Nebenarbeiter kam unverfehlt mit dem Strecken davon. Eine ganze Stunde währte es, ehe der Krankenwagen der Stadt zur Stelle war. Die Freie Konstantin; an die sich ein Polizeigebäude gehandelt hatte, lehnt es ab, ein Krankenwagen zur Verfügung zu stellen. Schwer verletzt wurde S. nach dem katholischen Krankenhaus gebracht, wo er nach einigen Stunden gestorben ist, ohne die Belebung wiederleben zu haben. Der Keller war natürlich wieder nicht abgedeckt. Die Behörde, die jene Mitwirkung des Arbeiter an der Bauaufsicht ablehnt, ist für den Unfall mit verantwortlich zu machen.

Mit Anton Schadow ist ein Kollege gestorben, der vielen von uns bekannt sein wird. Das Bochumer Partei-blatt schreibt über ihn:

"In Bromberg war er im Jahre 1889 der Gründer und Leiter der dortigen Maurerbewegung. Von den Unternehmern gehäuft und verfolgt, weil im Osten durch seine Wirkung das 'patriarcalische' Arbeitsverhältnis gestört wurde, siedelte er im Jahre 1904 nach Bodum über. Hier war er besonders als Mitglied der Bauarbeiterkommission tätig. Oft hat er nicht Wege nach Mühe gescheut, um der Sache zu dienen. Auf seine Veranlassung hin wurde ein Samariterkursus arrangiert. Von der Aussperrung im Jahre 1905 ist er den Bauarbeiter unter dem Namen 'Friedensbauer' bekannt. Er unterrichtete, ohne seine Kollegen zu fragen, mit Anton Weise, ein vom Unternehmer Fischer angefertigtes Schreiben an Dr. Biedel in Essen, in dem dieser um seine Vermitlung zur Beilegung der Aussperrung gebeten wurde. Die Verhandlungen haben daraufhin stattgefunden, und der heute für das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet bestehende Vertrag wurde zu Stande gebracht. Im Jahre 1906 trat er aus dem Centralverband der Maurer aus; seine etwas stark hervortretende Eigenbrüderlei hatte ihn mit den Kollegen enzweit. Er schloß sich der Loyalisten an. Stets stellte er jedoch seine Kraft der Partei und der Gewerkschaft zur Verfügung. Schwer von Sorgen und Kummer gebrüdet, hatte seine zahlreiche Familie zu leiden gehabt. Die Not, die Entbehrung, das Elend sind ständige Gäste bei ihm gewesen. Trotz allerdem hielt er den Kopf hoch und arbeitete mit an dem Werk zur Befreiung der Arbeitersklasse, dem Sozialismus. Ein heller Mannesalter - 45 Jahre alt - wurde er dahingerafft. Eine Frau mit sechs Kindern beklauten ihren Erbauer. Die Bodumer Arbeiter werden sein Andenken stets in Ehren halten."

Auch wir werden es tun, wie alle, die ihn gekannt haben.

Vorgorh ist 1. W. Hier ereignete sich am 29. Juli ein Unfall, der leicht mehrere blühende Menschenleben gefestet hätte. Eine Firma Möllering in Yburg (Hannover) führt hier zur Zeit zwei Kaminbauten auf. Als nun an den genannten Tage zwei Maurer in einer Höhe von 40 m arbeiteten, wurde ein Eimer mit Mörtel (das Material wird per Dampf hoch befördert) unter den oben angebrachten Dreibod geworfen, worauf dieser die Kaminwand nach außen bröckelte, alles mit sich nach unten reißend. Es ist als ein Wunder zu bezeichnen, daß diese Leute mit dem Leben davon gekommen sind. Außer leichten Arme- und Kopfverletzungen sind schwere Verleukungen nicht vorgekommen. Es ist dies schon das zweite Mal, doch an diesem Kamin ein Unfall passierte. Diese Baufalle sieht auch eher einer Kluftverböhrung als einer Baufalle ähnlich; für die einzig Hundert Facharbeiter, die täglich direkt an diesem Bau vorbei müssen, sind nicht die geringsten Sicherheitsmaßregeln getroffen. Die Arbeit wird von auswärtigen Maurern in Allord bei einer zwölfsständigen Arbeitszeit ausgeführt, obwohl hier die zehnständige tariflich festgelegt ist.

Bromberg: Montag, den 20. Juli, Vormittags 11½ Uhr, stürzte bei dem Aufbau des Gerüsts an der katholischen Kirche auf dem Friedrichsplatz, Unternehmer B. Weiß, ein Teil des Gerüsts ein. Hierbei wurde ein Bauhilfsarbeiter aus einer Höhe von zirka 11 m in die Tiefe gestossen. Der Verunglückte trug eine schwere Verlebung des Rofenbeins davon. Ein anderer Bauhilfsarbeiter konnte sich noch rechtzeitig an einem Tau festhalten, so dass er nicht mit abfuhrte. Durch Fahrlässigkeit des Poliers Franz Poppel ist der Einsturz herbeigeführt; beim Aufziehen einer Gerüststange stand B. und ein Kollege auf dem Dache des nebenstehenden Gebäudes, zwei unerfahrene Bauhilfsarbeiter auf dem Gerüst. Beim Einsturzwinkel der Gerüststange sah sie das Gerüst, so dass es ins Schwanken kam, doch wurden, obwohl die Arbeiter riefen: "Das Gerüst geht ab", keine Maßregeln zur Abwehr der Gefahr getroffen. — Ein Bauunfall, der, unabsehbare Folgen hätte haben können, wurde Dienstag, den 16. Juli, durch Voricht der am Bau beschäftigten Arbeiter glücklich rechtzeitig verhindert. In Jagdschloss bei Bromberg errichtet der Bauunternehmer Robert Weiß ein zweit Stadthaus Wohnhaus, das bis zum Dach fertig war. Es zeigten sich vorher schon Risse. Eine freistehende Giebel sahnte und immer größer wurden die Risse in dem dem Giebel zunächst liegenden Steinbogen. Es wurden sofort Maßregeln getroffen, um den Einsturz zu verhindern. Der schwächste Teil des Baues wurde abgeschnitten und wieder neu aufgebaut. Die Ursache des Einsturzes war eine schlechte Stelle im Grunde, die leichtfertigerweise übersehen worden war.

Cunnersdorf. Ein schweres Bauunglück ereignete sich Montag, den 29. Juli, Nachmittags 4½ Uhr, am Hinter-

hause des Herrn Kaufmann Bettauer in der Schildauerstraße. Am dritten Stadtwall sollen Reparaturen von den Firmen E. & Co. La Lande & Schmidt und Bauplemptner & Hermann ausgeführt werden. Da nun die Arbeiten nicht viel kosten sollten, wurde ein sogenanntes Schwebegerüst aufgebaut. Als nun von der Maurer Ernst Löschner, Ernst Heidrich und der Klempner Ernst Josephig das Gerüst betreten, um die Arbeiten auszuführen, brach das mittlere Mitholz, und infolgedessen stürzten die drei Arbeiter auf einer Höhe von 13 m in die Tiefe auf den ausgestreiften

Die Kosten von 15 M. in die Länge und den geprägten Hof. Tschorn und Koschitz, die beide offenbar sehr schweverbefreit waren, blieben bejüngungslos liegen. Die Untersuchung hat ergeben, daß Tschorn zwei Rippenbrüche erlitten, Koschitz zwei Rippenbrüche, zwei Knöchelbrüche und einen rechten Oberarmbruch. Heidrich hat zwar keine Schenkelbrüche erlitten, aber er wird auf lange Zeit arbeitsunfähig sein. Ein Glück ist es, daß der Bauarbeiter und die Klempnerlehrling weggeschickt waren, um Gänge zu bauen, sonst wäre das Unglück noch viel schrecklicher gewesen. Die Rüstholzger wurden von einem Neubau auf den

7 Uhr, ereignete sich auf dem Neubau „Mühleben“ 4 ein betriebsbedeckter Unfallstall. Beim Eingießen einer kleinen Steinchen-Dose kam ein Torbogen nach unten, die auf den Trägern befindlichen Mauersteine stürzten, samt den Trägern, MörTEL- und Mauersteinen, zisch 3 m hinab, wobei fünf Kollegen und der Zimmerpolier teilweise erhebliche Verletzungen erlitten. Verschuldet, Hälfte wurde ihnen gleich zu teil. Wer die Schuld an diesem Unfall trägt, muss erst die eingeleitete Untersuchung erweisen.

H a r b u r g. Ein entzückendes Bauungslid ereignete sich Donnerstag Morgen am Hafenbeden II. Dort werden bei Mecklenburg Güterwerte gehäuft. Der Bau wird von dem Bauunternehmer Brien ausgeschüttet. Das etwa 10 m hohe Gebäude besteht aus Fachwerk. Als nun gegen 8 Uhr eine Angst Blümmer mit dem Aufwinden eines großen, schweren Balkens beschäftigt war, verlor der Balken durch den starken Wind die Balance und schlug mit voller Wucht gegen das Fachwerk der westlichen Seite des Hauses, wodurch die ganze Front einstürzte. Das an der Seite befindliche Gerüst, an dem der zinnneurte beschäftigt waren, ging in Trümmer, stürzte mit sämtlichen darauf befestigten in die Tiefe und begrub alle Arbeitenden. Bein Mann fand verunglückt. Einige entkamen so schwere Verletzungen, daß an ihrem Wiedererholen gesorgte wird. Einem Verunglückten brach die Wirbelsäule, einer brach beide Arme und ein Bein. Einem anderen wurde ein Bein zerstießt. Verschiedene entkamen Verletzungen an Kopf, an der Brust usw. Eine Angst Herz wurde sofort telefonisch zu Hause gerufen. Drei Ärzte erschienen. Der Sanitätswagen mußte dreimal fahren, um die Verunglückten ins südliche Krankenhaus zu befördern. Die Ursache des Unfalls soll darauf zurückzuführen sein, daß das Fachwerk nicht ordentlich verarbeitet war, und der herrschende Sturm soll bei dem Unfall mit dazu beigetragen haben. Ein bei dem Bau angestellter Architekt soll sofort von dem Unternehmer Brien suspendiert worden sein.

W ü r z b u r g. In Nr. 20 des "Grumbtein" müssen wir einen Neuanfang machen, und das ist sehr schwierig.

von einem Baumstiel berichten und ein noch schwerer ereignete sich am 29. Juli am Wohnhausneubau des Kaufmannes Andreas Mehling, Ecke der Köelliker- und Bachgasse. Beim Aufziehen einer ersten 20 Tonnen schweren Gitterkonsole riss das Hanschinklingfusswerksteine aus, brach, gerabte der Polier Anton Franz aus Münster unterhalb des Aufzuges. Er wurde von dem Stein getroffen und schwer dabei mit dem Kopf auf einen am Boden liegenden Holzbalken. Der Hinterkopf wurde ihm förmlich gespalten. An den Beinleisten eines mit herabfallenden Kollegen hing die Schädelmasse. Der Tod trat sofort ein. Mittels Fußbewegung wurde nun die Leidung frei gemacht werden. Der Gerichtsbar war bei ihm fast immer in Ordnung, ob aber das Haftsel für eine beratige Last verneint werden durfte und ob ferner dem Verunglückten entsprechende Aufzugsfeile zur Versorgung gestellt waren, wird die gerichtliche Unterfuchung ergeben. Kurz nach dem Unglücksfall erschien der königliche Staatsanwalt zur Einleitung der Unterfuchung und nahm die Urtheile des Sohles in Beslag. Anton Franz war verantwortlicher Bauleiter und wird als tüchtiger, solider und gewissenhafter Kaufmann geschildert.

3. 8. 1940. Freitag, den 26. Juli, stürzte der Kollege Josef Schmidt von einem Putzgerüst eines Neubaus in der Gutenbergröde durch Fenster des dritten Stockwerks in die Tiefe. Der Kollege soll einen violetten Kasten allein haben wollen lassen wollen; wahrscheinlich liegt ein Räger nach, so daß durch den entstandenen Sturz der Kollege das Gleisgewicht verloren und durch Fenster in die Tiefe fiel. Er erlitt schweren Quetschungen der Brust und Lendenwirbelsäule sowie schwerere Verletzungen und einen Bruch des linken Fußgelenks an seinem Aufkommen wird gewusst. Schuld an dem Unglück war das Fehlen von Fenstersicherungen; erhielt nach dem Unfall nur anfamiliären Bauten jedoch angebracht worden.

* **Bautenkontrolle:** In Hildesheim wurden Samstag den 20. Juli die Bauten kontrolliert. Es wurden 18 Bauten besichtigt. Gerüchte waren davon sehr klein. Bis zur dritten Vollentlastung resp. richtiger waren vier. Einer war bis zur zweiten Befestigungsperiode und einer befand sich noch im Fundamente. Auf einem Bau waren die Bassen nicht abgedichtet, während auf den übrigen in Frage kommenden Bauten die Abdichtung bis zur wünschlichen Stufe ließ. Die Gerüste für die Mauern waren im ganzen gut. Ein Aufhänger ist für die Bützer war ohne Schürgesellschaft, auch fehlten die nötigen Verklemmungen. Ein Klempner war überhaupt kein Gerüst vorhanden. Baubüro waren auf jedem Bau vorhanden, zwei davon wurden zum Aufnehmen von Material mit bemisst. Aborte waren überall angestrengt. Allerdings waren einige darunter in sehr schlechtem Zustande. Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf zwei Bauten. Die Leitergänge lisenen fast auf allen Bauten zu gewünscht. Verbandstafeln wurden im ganzen drei vorhanden.

* **Baugenossenschaftliches.** Der Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehende

deutschen Baugenossenschaften (Vorl. Prof. Albrecht) hielt am 1. und 2. Juni in der Bürgerhalle des Berliner Rathauses seinen XI. Verbundstag ab und beging damit gleichzeitig die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Der Verband umfasst zur Zeit 127 Genossenschaften mit 64 000 Mitgliedern; diese 127 Genossenschaften haben bereits über 14 000 Wohnungen mit einem Bauvolumen von über 80 Millionen Mark fertiggestellt. Der Verband, dem vom Bundesrat das Recht der Revision der ihm angehörenden Genossenschaften verliehen ist, hat durch Ausarbeitung eines Musterstatuts sowie von Geschäftsordnungen, ferner von Musterformularen für die Buchführung von Baugenossenschaften und anderes Einrichtungen getroffen, die in vieler Beziehung vorbildlich geworden sind. Seine Handlungen boten für die Deutlichkeit kein weiteres Interesse.

die Deppentlichkeit sein weiteres Interesse.
Wohnungsnot. Eine unerträgliche Wohnungsnot herrschte seit einigen Monaten in den Städten Nürnberg und Fürth. Häufigstlich in Nürnberg steigerte sich das Elend in einem geradezu beängstigenden Grade. Die Mieten haben in den letzten zwei Jahren fortgesetzte Erhöhungen erfahren, Familien mit Kindern können nur über eine Wohnung erhalten; obständig wächst die Zahl der Familien, die überhaupt keine Wohnung finden können und in den unglaublichen Notquartieren Unterchlöpfen suchen müssen. Mehrere Familien ziehen in eine ohnehin nicht ausreichende Wohnung zusammen, viele ölpferische Familien bewohnen ein einziges kleines Zimmer; zur Unterkunft von Menschen müssen Dachböden, Kellergänge, Scheunen, ausrangiertes Möbelwesen, verlauene Ställe u. dergl. dienen. Eine Familie wohnte längst in einem Hühnerstall, bis sie von der Polizei vertrieben wurde, die diese „Wohnung“ nicht „ersprechend“ fand; eine andere hatte auf einer Wiese an der Peripherie kreideig ein Bett ausgeschlagen und sich darin häuslich eingerichtet; andere campierten auf freier Straße. Eine Witwe mit mehreren Kindern hatte sich unter dem Schuh einer Hede niedergelassen usw. Derartige Fälle können man zu Hunderten anführen. Die städtischen Armenwohnungen und das Asyl für Obdachlose sind total überfüllt, da sie von Leuten in Anspruch genommen werden müssen, die nicht unterhaltungsbedürftig, sondern nur nicht in der Lage sind, eine Wohnung zu finden. In Fürth sind die durch die Wohnungsnot geöffneten Baulände fast vollständig in Besitz der Arbeiterwohlfahrt, die hier eine Wogen-Gegenstand erster Größerung in den gemeindlichen Körpergeschäften. Der Magistrat hatte beschlossen, der Wohnungsnot wenigstens dadurch entgegenzutun, daß die Stadt für ihre Arbeiter Wohnhäuser bau, aber das Gemeindekollegium hat diesem Vorstoß keine Zustimmung verweigert, weil die Freisinnigen, Überalen und auch der größte Teil der demokratischen Stadträte darin ein sozialistisches Experiment erblicken. Die Presse dieser Parteien lief mitwend Sturm gegen diesen zaghafte Vorstoß, die Wohnungsnot etwas zu mildern, so daß der Bürgermeister Käuer in öffentlicher Magistratsitzung sich gezwungen sah, klug auszutreten, daß alle Bestrebungen, die nach Arbeitersfreiheit ausziehen, von einem

nicht zu kleinen Teil der Bürgerschaft als sozialistisch verstecken, ja sogar mit Stolz verfolgt werden. In Nürnberg hat die freisinnig-liberale Stadtverwaltung von diesen Zuständen überhaupt noch keine Notiz genommen, obwohl sie ihr über längst befindet. Sie glaubt ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie Zuschrifte zu den Wohnungsnoten anbietet, die aber den Obdachlosen nichts nützen, wenn sie keine Wohnung haben, und sie außerdem auch noch um ihre staatsbürgерlichen Rechte bringen. Eine große Volksversammlung hat sich nun am Mittwoch mit dem Wohnungsnöten und der Unzulänglichkeit der Stadtverwaltung beschäftigt und gegen das Verhalten der Stadtbürgerschaft protestiert. Ferner wurde beschlossen, den Magistrat eine Eingabe zu richten, in der dieser erucht wird, für die bereits obdachlosen Familien unverzüglich Wohnungsgelegenheit, allenfalls durch den Bau von Baracken, zu schaffen, für die im Gemeindedienst stehenden Arbeiter und Bediensteten mit einem Einkommen von weniger als 2000 Mark Wohnung zu erbauen und, soweit diese von städtischen Arbeitern und Bediensteten nicht begegnet werden, auch an andere Mieter abzugeben. Weiter wird verlangt, daß an Bauunternehmern, die sich zur Herstellung gefundene einwandfreier Wohnungen für die Arbeiter verpflichten, gemeindlicher Grund und Boden zum Selbstbaupreis zur Verfügung gestellt wird. Soweit dies nicht geschehen kann, sollen solchen Bauunternehmern, die unter obdachlosen Baugärenden derartige Wohnungen bauen wollen, die Kosten für Straßenverstellung, Straßenrauführung, Gasleitung usw. erlassen und für entsprechende Verkehrsverbindung durch Ausdehnung der Straßenbahn gefördert werden. Endlich wird erucht, soweit noch Baugeland in der Nähe von Nürnberg zu angemessenem Preise erworben werden kann, Grundstücke in größerem Umfange zu bewertestellen, um gegebenenfalls Grund und Boden preiswürdig an Unternehmer und Baugenossenschaften abzugeben und dadurch den Preisunterschieden der Terrainspekulationsgesellschaften entgegenzuwirken.

Endlich hat sich auch der Stadtrat in Nürnberg angelebt der geradezu herztrübenden Zustände, die durch die Wohnungsnot herausbeschworen werden sind, gewogen gesehen, der zur Frage Stellung zu nehmen. Wie es das ist, das entspricht ganz dem vorhin inhaltlichen sozialen Standpunkt, den diese freisinnige Stadtregerierung von jenseits eingenommen und bei ihr den Namen „sozialpolitische Kamerun“ eingebracht hat. Sie will nämlich die Wohnungsnot durch Vermehrung der Armentwohnungen aus der Welt schaffen. Einige hädliche Häuser und die alte Frontseite, die aufgelöselt ist und in den Besitz der Stadt übergetreten, sollen zu Armentwohnungen eingerichtet werden. Die Arbeiter, die durch die Wohnungsnot obdachlos geworden sind, sollen mit Gewalt zu Almosenempfängern gestempelt und ihres Wahlrechtes beraubt werden. Da wirklichen wohnungspolitischen Maßnahmen, wie sie schon längst von vielen anderen Städten in die Wege geleitet wurden, kann man sich nicht entgleischen, um die Haussagrarie und Bodenspekulanten nicht aufzutreiben.

* Das Ende des Talers ist gekommen. Durch eine Bekanntmachung des Bundesrats werden die Eintaler

stetige deutschen Gepräges vom 1. Oktober 1907 ab auf der Kurz gestellt. Sie gelten dann nicht mehr als geheimes Zahlungsmittel. Es ist von diesem Zeitpunkt ab außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen. Die Taler werden bis zum 30. September 1908 bei den Reichs- und Landesfassen zu den Wertverhältnisse von drei Mark gleich einem Taler sowohl in Zahlung als auch zur Umwechselung angenommen. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchdrückende und anderes als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringert sowie auf verjähte Münzen keine Anwendung.

Diese Verfügung müssen sie insbesondere auch die Arbeitnehmer, Erfahrung lehrt, das mehr nicht selten die Zahlung ihres Lohnes, so lange wie möglich auf der Kurz gegebenen Münzen leisten, so daß sie dann der Mühe der Umwechselung unterliegen müssen. So war es z. B. in Südbaden in Karlstadt anfangs der 70er Jahre, als die Gulden außer Kurz gestellt wurden.

Aus anderen Berufen.

Der Centralverein für alle in der Gut- und Filzwarenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer hielt vom 8. bis 12. Juli seine Generalversammlung in Güten ab. Anwesend waren 48 Delegierte. Nach dem Vorstandesbericht ist die Mitgliedszahl auf 6800 gestiegen, ein Zuwachs von 66 p. 100. Der Zahl der Eingetretenen hat der Verband jedoch wieder den Rücken gekehrt. Der Berichterstatter führte dies darauf zurück, daß die Unterflügungen nicht obligatorisch sind. Mit 43 gegen 5 Stimmen erklärten die Delegierten sich im Prinzip für die Erwerbslosenunterstützung, für die obligatorische Einflügung wurden 26 Stimmen abgegeben, dagegen 22. Damit war der Antrag abgelehnt, weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wurde. Zur geplanten Mitgliedschaften sollen bejedoder Geschäftsführer angestellt werden. Das Anfangsgehalt für Verbandsbeamte soll M. 1800 beragen und jährlich um M. 100 bis auf M. 2500 steigen. Das Gehalt des ersten Vorstandes soll in derzeitlichen Weise bis M. 2300 steigen. Der Beitrag wurde in allen drei Klassen um 5 % erhöht, so daß er jetzt 50, 35 und 20 % beträgt. Für die Mitglieder der ersten Klassen bleiben die Unterflügungstage die alten. Die Mitglieder der dritten Klasse, die in Fabriken arbeiten, wo nur während der Saison Arbeit vorhanden ist, erhalten nach Saisonabschluß für zwei Wochen Arbeitlosenunterstützung; die übrigen drei Wochen können als Krankenunterstützung bezo gen werden. Die Umzugsumunterstützung schwankt entsprechend der Zahl der Kilometer (15 bis mehr als 300), zwischen M. 25 und M. 75. Mehr als die tatsächlich entstandenen Kosten wird nicht ausbezahlt, auch wenn die ganze Familie des Umgezogenen aus Mitgliedern besteht. Die Streifunterstützung beträgt für männliche Mitglieder M. 14 (früher M. 12), für weibliche M. 7 (früher M. 6), jedoch darf sie M. 21 nicht übersteigen. Die Gemeinschaftsunterstützung beträgt M. 18 und für jedes schwipflichtige Kind M. 1. Über die Maisterie wurde folgendes beschlossen: In Betrieben, wo fünf Sechstel der Beschäftigten im Verein organisiert sind und mindestens drei Viertel der Mitglieder in geheimer Abstimmung für Arbeitsruhe am 1. Mai entscheiden, haben diese Mitglieder, falls Differenzen entstehen, Anpruch auf Unterflügung. Für die ersten sechs Arbeitstage der Ausflügung wird keine Unterflügung gewährt. Forderungen dürfen im Falle einer Maisträgerperiode nur mit Zustimmung des Vereinsvorstandes gestellt werden.

Eingegangene Schriften.

Von Eb. Bernstein's „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschien, ist jedoch die 8. Lieferung zur Ausgabe gelangt. Der bis jetzt veröffentlichte 1. Band behandelt die Zeit von der 1848 Revolution bis zum Erlass des Sozialistengesetzes, also einen der interessantesten und lehrreichsten Abschnitte der Arbeiterbewegung. Der erste Band erscheint in 17 Lieferungen à 30 % und können dieselben durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Briefkasten.

Hamburg, D. M. Der § 984 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt: Wird eine Sache, die solange verborgen gelegen hat, daß der Eigentümer nicht mehr zu ermitteln ist (Schatz), entdeckt und infolge der Entdeckung in Besitz genommen, so wird das Eigentum zur Hälfte von dem Entdecker, zur Hälfte von dem Eigentümer der Sache erworben, in welcher der Schatz verborgen war. Entdecker ist jedem in seinem eigenen Grundstück einen Schatz, so darf er ihn getrost als sein alleiniges Eigentum, in Wirklichkeit nehmen. Die Haupfsache dabei ist: Die Sache (Geld) muß als eine verborgene entdeckt sein und die Art und Weise ihrer Verbergung muß dafür sprechen, daß dieser Zustand solange gedauert hat, daß jede Hoffnung auf die Ermittlung des Eigentümers als vergeblich erscheint. Findet jemand unter anderen Umständen auf seinem Grundstück eine Sache (Geld), so hat er nur Anspruch auf Entdeckerlohn.

Großbrit. Verhandlungsanzeige kam zu spät. Nebras: Vorstand: Die Verhandlungsanzeige kam am einen vollen Tag zu spät.

Danzig, G. Die Einwendungen, an die Du erinnerst, erfüllten wohl nur in Deiner Einbildung. Was uns rechtzeitig zugeht, findet auch stets seine Erfüllung. Wenn Du etwas vermisst, so wirst Du die Bummelat immer nur bei Dir selbst suchen müssen.

Meiningen. Streitabrechnungen werden jetzt nicht versteuert. Der letzte Bericht über Meiningen wurde in Nr. 28 des „Grundstein“ abgedruckt.

Trennenbrielen, H. W. Der wirklich verdiente Stundenlohn ist nicht maßgebend, sondern der ortsübliche Stundenlohn, der den Kranthalassen zur Grundlage bei Berechnung des Rentengeldes dient. Da wir diese Höhe nicht kennen, können wir die Frage auch nicht beantworten.

Mülheim-Oberhausen, W. Die Aufnahme des Schriftsatzes über die „Christen“ müssen wir ablehnen. Die eine Tatsache, die darin erwähnt und festgestellt wird, daß ein Angehöriger der freien Gewerkschaften glühende Kohlen auf die Haupter der „Christen“ sammelte, indem er sie in Gunderich

vor einem ganzen Haufen „Arbeitswilliger“ befreite, sobald dadurch der sehr langwierige Streit gewonnen wurde, kann man ihnen immer einmal unter die Nase reiben. Gelegenheit wird sich dazu schon einmal bieten.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

Unter dieser Rubrik verständlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen es innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mittellung gemacht wird. Die Tafel kostet 10.-.

Apolda. Am 27. Juli starb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser Verbandskollege **Louis Sänger** aus Miederschöna im Alter von 55 Jahren.

Bautzen. Am 24. Juli starb unser Kollege **Paul Stark** im Alter von 82 Jahren an Gehirnentzündung.

Berlin. Am 28. Juli starb plötzlich unser langjähriges Mitglied **Wilhelm Wegener** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

Breslau. Am 8. August starb unser treuer Verbandskollege **Dominikus Jeron** im Alter von 61 Jahren an Herzleiden.

Chemnitz. Am 1. August starb unser Mitglied **Bruno Löbner** im Alter von 47 Jahren infolge eines Unglücksfalles in seinem Beruf.

Cuppernord. Am 31. Juli verschickte nach langem, schwerem Leben unser Verbandsmitglied **Bruno Ebert** im Alter von 29 Jahren an Schwindsucht.

Dresden. Am 2. August starb unser Verbandskollege **Theodor Lüscher** aus Niederwürschnitz im Alter von 54 Jahren an Lungenschwindsucht.

Freiburg i. B. Am 28. Juli ist unser treuer Mitglied **Pius Buschmeier** im Alter von 30 Jahren bei einem Radausflug der Automobilfahrsel zum Oster gefallen.

München. (Westend.) Am 29. Juli starb nach langem Leben unser treuer Verbandsmitglied **Ferd. Hirschberger** im Alter von 39 Jahren an Lungenerleiden.

Neisse. Am 27. Juli starb unser Verbandskollege **Karl Krandwald** aus Neuland im Alter von 35 Jahren an Schleimhautschwindsucht.

Nürnberg-Fürth. Am 22. Juli starb unser treuer Kollege **Johann Köhlein** im Alter von 58 Jahren an Lungenerleiden.

Peißenberg. Am 28. Juli starb unser treuer Verbandsmitglied **Gottl. Grett** im Alter von 47 Jahren an Leberentzündung.

Thorn. Am 23. Juli starb unser Verbandskollege **John Pokornowski** im Alter von 38 Jahren an Herzschlag.

Notarbeimter gesucht.

Im Zweigverein **Wiesbaden** ist die Stelle eines Notarbeamten zu bekleiden. Es ist eine erste Kraft erforderlich. Voraussetzung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeitersbewegung, sowie der Buch- und Kassenführung. Die Bewerber müssen außerdem rednerisch begabt sein. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Aufsatz über die Aufgaben eines Notarbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Notarbeamter“ bis spätestens 25. August b. 3. an Unterzeichnenden gelangen zu lassen. [M. 4,20]

Ludwig Hahn,
Erbenheim 6, Wiesbaden, Bierstädterstr. 18.

Dt. Eylau.

Der Vorsitzende **Ferd. Stross** wohnt jetzt Magazinstraße Nr. 3. [M. 1,20] Der Vorstand.

Ilmenau.

Die Wohnung des Vorsitzenden ist jetzt Maingasse 12, 3 Treppen. [M. 1,20]

Gesucht wird von seiner Mutter wegen Übernahme seines Anwaltes der Kollege **Georg Maier**, geboren am 28. März 1889 in Heinersreuth, Verh. Nr. 332 110; ist seine genaue Adresse nicht zu finden, wird gerichtliche Nachsuchung eingeleitet. Mitteilung nimmt der Zweigverein Bayreuth entgegen. Adresse: Hans Holmann, Bayreuth 99, Gärten 22. [M. 1,80]

Uelzen.

Sonntag, den 18. August, Nachm. 3 Uhr

Stiftungsfest ::

im Lokale der „Drei Linden“, bestehend in Konzert, Preisklagen und Würsels, Kinderbelustigungen und darauf folgendem Ball.

Die Kollegen von Uelzen und Umgegend werden besonders darauf hingewiesen und freundlich eingeladen. [M. 3,60]

Sebnitz.

Sonntag, den 25. August:

* Stiftungsfest *

bestehend in Gartenkonzert, verschiedenem Ball :: ::

Die Kollegen von Sebnitz und Umgegend mit ihren weiten Freunden werden hiermit eingeladen. Der Vorstand.

Gesucht wird der Maurer **Albert Hessler** aus Eilenburg. Kollegen, die irgend welche Auskunft über ihn geben können, werden gebeten, seine Adresse an den Kästner des Zweigvereins Eilenburg, Gustav Döring, sofort einzutragen. [M. 20]

Schmiedeberg i. R.

Sonntag, den 11. August, Nachmittags 5 Uhr:

Sechstes Stiftungsfest

in den „Drei Kronen“,

unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins.

Alle Kollegen werden ersucht, das Fest zu besuchen. [M. 8]

Das Komitee.

Bayreuth.

Sonntagsabend, den 24. August, Abends 8 Uhr:

Elfes Stiftungsfest

in der „Zentralhalle“,

bestehend in Konzert, Festrede, Gesang und Ball.

Die Kollegen von Stadt und Land sowie alle Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [M. 3,80]

Das Komitee.

Freiberg i. Sa.

Sonntagsabend, 17. August, Abends 6 Uhr:

Zwölftägiges Stiftungsfest

im Etablissement „Union“,

bestehend in Sommernachtsball.

Die Kollegen sind hierzu freundlich eingeladen. Verbandsbuch berechtigt zum Eintritt. [M. 8]

Der Vorstand.

St. Johann-Saarbrücken.

Sonntag, den 11. August:

Dreizehntes Stiftungsfest

im „Tivoli“, St. Johann, Gerberstraße,

bestehend in Preisklagen, Preisklagen, Kinderbelustigungen und Abends Ball.

Eintritt 40.-

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlich eingeladen. [M. 3,90]

Das Komitee.

Dortmund.

Sonntag, den 25. August 1907:

Sommerfest

im Lokale des Herrn Schäfer (Dieser),

bestehend in Konzert, turnerischen Aufführungen des Arbeitertumvereins Dortmund und nachfolgendem Festball.

Aufgang des Konzerts 3 Uhr Nachmittags,

des Balles 9 Uhr Abends.

Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hiermit freundlich eingeladen. [M. 3,60]

Das Komitee.

Rötha.

Sonntag, den 18. August, Nachm. 4 Uhr:

Sommervergnügen

im Gasthof zu Geschwitz,

bestehend in Konzert und Ball.

Alle Kollegen werden zu vollzähligem Besuch eingeladen. [M. 8]

Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 10. August.

Elmshorn. Abends 8 Uhr bei C. Maier.

Sonntag, den 11. August.

Brieg. Nachm. 4 Uhr. Referent anwesend.

Freystadt. Nachm. 8 Uhr. Bisher mitzubringen. Referent anwesend.

Lochau. Nachm. 8 Uhr in Webers Gasthof in Ruhbau.

Donnerstag, den 13. August.

Berlin. (Sektion der Fliesenfeger). Gemeinschaftliche Versammlung in den „Muster-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Straße. Mitgliedsbuch legitimiert.

Liegnitz. Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 15. August.

Grünberg i. Schl. Abends 8 Uhr bei Frau Adam. Mitgliedsbuch sind mitzubringen.

Sonnabend, den 17. August.

Bunzlau. Abends 8 Uhr in der „Hoffnung“. Referent anwesend.

Sonntag, den 18. August.

Fürstenwalde. Abends 10 Uhr bei Max Thomas, Wohlenschenstraße.

Lindau. Nachm. 8 Uhr im Lokale des Herrn Sellbrand.

Keuschberg. Nachm. 4 Uhr im „Casino“ zu Tollwitz.

Unterweißbach. Nachm. 8 Uhr im „Gotha“ zu Sonne in Mellenbach.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.